Nr. 147 20. Jahrg.
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, 29. Juni 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M. einschließlich Postbestellgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.40 M. im Reklameteil 3.50 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Der Volksentscheid

Die Verfassung von Weimar, die das deutsche Volk aus dem chaotischen Zustande der Revolution wieder zur staatlichen Rechtsordnung zurückführte, und somit das Fundament wurde für das neue Staatswesen selbst nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter, hatte neben die gesetzgebenden Körperschaften und die von ihnen auszuübenden Funktionen bereits eine andere verfassungsrechtliche Einrichtung gestellt, aus der in erster Linie klar zu erkennen ist, wie groß Wandel und Umschwung ist, der sich vollzogen hat. Neben das Volksparlament des Reiches und neben die Volksparlamente der Länder, die an sich schon den Willen aller Staatsbürger repräsentieren, sollte noch der Volksentscheid treten, der, unter bestimmten Voraussetzungen anwendbar, der Erforschung des gesamten Volkswillens dienen soll. Nunmehr ist das Gesetz über den Volksentscheid am 22. Juni im Reichstage verabschiedet worden, und zwar mit einer Lautlosigkeit und Stille, die zwar der Sachlichkeit des Reichstages in diesem Falle alle Ehre macht, die aber nach außen hin kaum hat ahnen lassen, daß hier ein Gesetz von einschneidender Bedeutung erlassen worden ist. Zwei Hauptformen sind beim Volksentscheid auseinanderzuhalten: das Referendum und die Initiative. Der wesentliche Unterschied beider Formen untereinander besteht in dem Ausgangspunkte, den beide in der Praxis haben. Beim Referendum handelt es sich um ein bereits vom Reichstage genehmigtes Gesetz und bei der Initiative handelt es sich um einen Gesetzentwurf, der vom Volke her an die gesetzgebende Körperschaft herangebracht wird.

Beim Referendum spielen sich die einzelnen Phasen etwa folgendermaßen ab: Nachdem der Reichstag ein Gesetz verabschiedet hat, fordert ein Drittel seiner Mitglieder die Aussetzung seiner Verkündung um zwei Monate. 5000 Stimmberechtigte beantragen während dieser Zeit von zwei Monaten ein Volksbegehren über jenes Gesetz. Hierin liegt jedoch erst die Tatsache, daß diese 5000 die Vornahme eines Volksentscheides empfehlen. Nunmehr müssen ein Zwanzigstel aller stimmberechtigten Deutschen gewonnen werden, wenn der Volksentscheid eintreten soll. Zu diesem Zwecke verschicken die Antragsteller an die Gemeinden Eintragungslisten und zwar auf eigene Kosten hin; in diese können sich alle diejenigen einzeichnen, die für eine Vornahme des Volksentscheides plädieren. Diese Listen müssen mindestens 14 Tage hindurch aufgelegt werden. Findet sich das Zwanzigstel aller Stimmberechtigten, dann tritt der Volksentscheid ein. Nach den Vorschriften des Wahlgesetzes wird nunmehr über eine Annahme oder Ablehnung des Gesetzes abgestimmt.

Zur Annahme reicht die Mehrheit der Abstimmenden aus, die Ablehnung dagegen erfordert einmal, daß die Mehrheit aller Stimmberechtigten überhaupt ihre Stimme abgegeben hat und dann, daß die Mehrheit derer, die abgestimmt haben, ihre Ablehnung kundgegeben hat. Für die Initiative gelten folgende Bestimmungen: Es müssen 5000 Stimmberechtigte ein Volksbegehren verlangen auf einen Gesetzentwurf, den sie selbst vorlegen. Der Weg bis zur Vornahme der Initiative ist genau derselbe, wie im Falle des Referendums mit dem Unterschiede, daß sich ein Zehntel der Stimmberechtigten für das Volksbegehren aussprechen. Ist dies der Fall, dann ist der Reichstag verpflichtet, über den vorgelegten Gesetzentwurf Beschluß zu fassen. Bei Annahme durch den Reichstag wird der Entwurf Gesetz auf dem gewöhnlichen Wege.

Im Falle der Ablehnung durch den Reichstag oder auch der Abänderung kommt es zur Vornahme des Volksentscheides über die Gesetzesvorlage und über den abweichenden Beschluß des Reichstages. Dieser Entwurf, der dem deutschen Volke zweifellos eine große Freiheit an die Hand gibt und eine in politischer Beziehung nach jeder Richtung hin nicht nur interessierte, sondern auch geschulte und einsichtige, von sachlichen Motiven getragene, politisch reife Bevölkerung verlangt, wenn seine Anwendung nicht zu Auswüchsen führen soll, fand bereits im Ausschuß unter den Parteien verschiedene Aufnahme.

Die Parteien der Rechten waren ihm zugeneigt — vielleicht versprechen sie sich viel davon — die Demokraten begegnen dem Entwurf mit einigem Mißtrauen und die Sozialdemokraten waren objektiv genug, auch die Bedenken anderer anzuerkennen. Denn daß Bedenken vorliegen gegen einen Gesetzentwurf, der leicht zum Anlaß aller möglichen Quertreibereien oder auch zum Anlaß von unmöglichen Wünschen gemacht werden kann, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen. Es bedarf zweifellos einer starken politischen Reife eines Volkes, wenn ein solcher Gesetzentwurf immer und in jedem Falle zu seinem besten ausschlagen soll. Denn wir wissen, daß auch die Schweiz und Amerika, die den Volksentscheid bereits besitzen, eigenartige Erfahrungen damit gemacht haben.

Es ist darum zur Charakteristik nicht uninteressant, was der sozialistische Abgeordnete Gustav Radbruch über vielleicht im Augenblick eintretende Folgen dieses Gesetzentwurfes launig gesagt hat: „Kein Zweifel, daß in den nächsten Jahren Menschenfreunde, aber auch Sonderlinge und Fanatiker aller Art ein Volksbegehren auf das andere gegen den Reichstag loslassen werden. Alkoholgegner, Vegetarier, Bodenreformer, Gegner der Todesstrafe, Gegner der Strafe für Abtreibung, auch Impfgegner, Vivisektionsgegner, Schächtgegner, schließlich Fanatiker einer neuen Stenographie oder Orthographie, Enthusiasten eines neuen Kalendersystems, wunderliche Heilige neuer Religionen, sie alle werden demnächst im Volksbegehren ihr Heil suchen. Ein Narr findet für seine Idee leicht die 5000 anderen Narren, deren er zur Zulassung eines Volksbegehrens bedarf — viel weniger leicht freilich die Millionen Narren gleicher Nappe, die für ein erfolgreiches Volksbegehren erforderlich sind. Und so wird nach ein paar Jahren nach einer Reihe fehlgeschlagener Versuche die Flut der Volksbegehren wieder abebben.

Um die Reichsfarben

Der Streit um die Reichsfarben hat durch die jüngste Reichstagsdebatte vom Montag wieder eine hochpolitische Note erhalten. Das ist im Interesse der Einigkeit im Volke außerordentlich zu beklagen, und zwar umsomehr, als der vorliegende Anlaß zur Austragung einer solchen politischen Prinzipien-Frage keineswegs geeignet war. Hätte man auf der Linken die zur Debatte stehende Entscheidung über die Farben der Handelsflagge unter den gleichen, lediglich technischen Gesichtspunkten betrachtet, wie das bei den bürgerlichen Parteien der Fall war, dann hätte es nicht dahin kommen können, daß das Problem zu der Alternative zugespitzt wurde: Hie Republikaner, hie Monarchisten! Diese Entscheidung steht wahrhaftig jetzt nicht zur Rede. Es war darum nichts weiter als eine agitatorische Phrase, die freilich ihre unheilvollen Wirkungen draußen im Lande haben muß, daß der Sprecher der Sozialdemokraten, der Abgeordnete David, den von sämtlichen bürgerlichen Parteien eingebrachten Antrag auf Beibehaltung der alten Handelsflagge als einen Vorstoß gegen die Republik und ihre Verfassung bezeichnete, diesen Antrag des ferneren als einen Kampf für die Flagge der Monarchie gegen die Flagge der Republik brandmarken zu sollen glaubte.

Um was handelt es sich denn: Die bürgerlichen Parteien hatten einem dringenden Wunsche der Reeder und sonstigen Schiffahrtskreise folgend im Reichstage beantragt, daß die schwarz-weiß-rote Handelsflagge bis auf weiteres beibehalten werden soll. Der Termin zu ihrer Führung würde am 30. Juni 21 abgelaufen sein. Von da ab sollte die Handelsflagge zwar auch noch schwarz-weiß-rot sein, aber in der oberen inneren Ecke die in Artikel 3 der Reichsverfassung bestimmten Reichsfarben schwarz-rot-gold tragen. Um die schwarz-rot-goldene Ecke, die sogenannte „Gösch“, drehte sich nun der Redestreit, der alsbald einen hochpolitischen Charakter annahm. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien betonten die technische Seite der Frage, während die Sozialisten-Parteien in dem Antrag einen politischen Schachzug witterten. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Abstimmung eine hochpolitische Bedeutung erhalten hat. Das Haus war, wie an Montagen üblich, nicht besonders gut besetzt. In den Bänken der Rechten und der Mitte vor allem fehlte eine ganze Anzahl von Persönlichkeiten, die man durch Verhandlungen im Lande aufgehalten waren. So ergab sich die Ablehnung des bürgerlichen Antrages mit nur einer Stimme Mehrheit. 121 Stimmen wurden gegen diesen Antrag, 120 dafür abgegeben, 5 Abgeordnete enthielten sich. Damit ist der Antrag gefallen und für die ganze laufende Session erledigt. Seine Wiedereinbringung ist nach den neueren Bestimmungen erst für die neue Sitzungsperiode nach der Vertagung möglich. Auch die Frage, ob es sich um einen verfassungsändernden Antrag handelt, ist damit erledigt. Denn ein solcher Antrag bedürfte einer Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln sämtlicher Abgeordneten. Es hätten also mindestens 313 Abgeordnete sein und 209 dafür stimmen müssen. An dem Resultat hätte es danach also auch nichts geändert, wenn die Mehrheit eine größere gewesen wäre. Von erheblicher politischer Bedeutung ist das Verhalten in den Mittelparteien. Während die Rechte geschlossen für den Antrag auf Beibehaltung der alten Handelsflagge, die Linke geschlossen dagegen stimmte, zerfiel die Mitte. Die Demokraten, die nicht sehr zahlreich zur Stelle waren, stimmten zwar auch für den Antrag, aber es gab doch hier manche [illegible] Enthaltungen. So verließ unter anderen der Abgeordnete Schiffer den Saal. Bedeutsamer war die Abstimmung im Zentrum. Hier stimmten gewichtige Persönlichkeiten gegen den gemeinsamen bürgerlichen Antrag, darunter der Reichskanzler Dr. Wirth mit den gegenwärtigen Reichsministern Dr. Brauns und Giesberts, ferner der frühere Reichskanzler Fehrenbach und, was besonderen Eindruck im Hause und nicht zuletzt bei der Rechten machte, selbst der greise Zentrumsführer Dr. Spahn stimmte gegen den Antrag. Diese Persönlichkeiten waren der Meinung, daß das Aufwerfen dieser Frage im gegenwärtigen Augenblick innen- wie außenpolitisch gleichermaßen schädlich sei.

Wir würden es angenehm empfunden, wenn die Zeitlösung im Volke, die wahrhaftig schon groß genug ist, und die durch den bereits mit aller Macht einsetzenden Kampf um die neuen Steuern nicht verringert wird, nur aus Anlaß dieser Frage noch einen weiteren Umfang annehmen würde. Wir müssen die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten auf eine geeignetere Zeit vertagen. Es geht aber nicht an, über die Empfindungen derer, die in schwarz-weiß-rot nun einmal das Symbol einer ruhmreichen Vergangenheit sehen, ohne weiteres hinweg zu gehen. Die Flaggenfrage des neuen Deutschen Reiches wird und muß einmal einer restlosen Klärung zugeführt werden. Entscheidend freilich bei alledem ist der Geist, in welchem die Arbeit unter der Reichsflagge geleistet wird.

Aus dem Reichstage

Berlin, 28. Juni.

In der Hauptsache beschäftigte sich der Reichstag am Dienstag mit dem Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 und zwar zunächst mit dem Haushalt des Reichsministerium des Innern. Der Unabhängige Rosenfeld, der selbstverständlich bei seiner allgemein bekannten Redseligkeit nicht schweigen kann, redet mit vielen Worten über dieses und auch anderes. Daß es sich um den Nachtragsetat handelt und zwar um den Titel „Kanzleisekretäre“, stört Herrn Rosenfeld durchaus nicht, seine hochpolitischen und parteipolitischen Schmerzen vor dem Forum der Volksvertretung auch bei unpassender Gelegenheit vorzubringen. Daß Herr Löbe auf diese Tatsache hinweist, erheitert zwar das Haus, war aber Herrn Rosenfeld nicht zum Bewußtsein gekommen. Er reitet gegen die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes Attacke und macht sich ein Vergnügen daraus, dem aus der Mehrheitssozialdemokratie stammenden Innenminister Dr. Gradnauer verschiedene (?) Seitenhiebe zu versetzen. Er versteigt sich zu dem Vorwurf, daß in der jetzigen Reichsregierung Dr. Wirth gegen Herrn Schiffer noch ein Revolutionär sei und Herr Schiffer gegen Dr. Gradnauer noch ein Vorkämpfer der Arbeiterrechte. Wer die übertriebene Sprache des Herrn Rosenfeld kennt, wird sich darüber nicht wundern, daß er zu diesem Minister kein Vertrauen hat, werden ihm auch die Mehrheitssozialisten sicherlich nicht übelnehmen. Er schließt mit der Mahnung, daß ein neuer Minister doch auch neue Besen habe, daß also deshalb Herr Gradnauer diese neuen Besen auch anwende. Dies kann der Innenminister Dr. Gradnauer nicht unwidersprochen an sich vorübergehen lassen. Er polemisiert mit gutem Geschick gegen den unabhängigen Sprecher. Seine Ausführungen gelten alle der Rechtfertigung der Regierungsmaßnahmen über den Ausnahmezustand und über den vernünftigen und allmähligen Abbau derselben.

Seinem Parteifreund springt der mehrheitssozialistische Abgeordnete Müller-Franken bei. Er weist darauf hin, daß die mehrheitssozialistische Fraktion immer darauf hingearbeitet habe, wenn eine Uebereinstimmung mit den Einzelregierungen nicht erzielt werden könne, müsse das Reich das Recht haben, einen Ausnahmezustand aufzuheben, aber bei dem föderativen Charakter der Verfassung seien diese Dinge pfleglich zu behandeln.

Der Kommunist Geyer holt alle im kommunistischen Sprachlexikon verzeichneten Sturmausdrücke gegen den Ausnahmezustand aus der Versenkung hervor. Es ist ja klar, daß er von partei- und oppositionswegen den Mund recht voll nimmt und seinen Leuten zu beweisen sucht, daß der Ausnahmezustand sich speziell gegen die kommunistischen Arbeiter richte. Recht temperamentvoll verteidigt Reichsjustizminister Schiffer die von ihm getroffenen Maßnahmen. Aber Unabhängige und Sozialisten können sich immer noch nicht beruhigen. Abwechselnd schleudern sie ihre klassenkämpferischen Anklagereden gegen die Regierungsbank. Auf den Abg. Dittmann von der USPD. folgt sein Fraktionsgenosse Dr. Rosenfeld nun schon zum zweiten Male. Und damit das Kleeblatt voll wird, schließt sich ihm der unvermeidliche Adolf Hoffmann an. Er bringt nun den Fall Jagow. Indessen ist eine Entschließung der Unabhängigen eingegangen. Die Reichsregierung möge ersucht werden, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung den in einzelnen Staaten bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben. Der Nachtragsetat des Innenministeriums wird genehmigt, die Entschließung der Unabhängigen abgelehnt. Das Haus fährt in der Beratung des Nachtrages zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, sowie der Reichseisenbahnverwaltung fort. Vorher war noch ein Gesetzentwurf über die Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht angenommen worden.

Auf einen vom Abg. Dr. Moses (Unabh.) vorgebrachten Wunsch wird regierungsseitig zugesagt, daß eine genaue Statistik unserer Kriegsverluste veröffentlicht wird.

Der Rest des Haushaltes wird angenommen, ebenso eine Reihe von Titeln des Haushaltes des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Eine Entschließung des Ausschusses, die für milchwirtschaftliche Forschungsanstalten in Süddeutschland eintritt, wird angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Stresemann wegen Aufhebung der Sanktionen.

Schluß nach 6 Uhr.

* * *

Der Reichstag wird, wie man bisher angenommen hatte, aller Voraussicht nicht schon am 2. Juli die Sommerpause beginnen können, sondern es wird damit zu rechnen sein, daß die Tagung des Reichstages sich noch mindestens bis zum Ende der nächsten Woche, vielleicht sogar darüber hinaus erstrecken wird. Es liegen noch eine Reihe von Vorlagen vor, deren Verabschiedung vor der Vertagung erforderlich ist. Indem besteht auch die Absicht, noch die Interpellation über die Sanktionen im Reichstag zu verhandeln. Möglicherweise wird auch, je nach dem Verlauf der Abstimmungsaktion in Oberschlesien, die Interpellation über Oberschlesien im Reichstage zur Verhandlung kommen.

Dr. Wirth über Oberschlesien und die Sanktionen

Berlin, 28. Juni. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte dem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“ in einer Unterredung: Staatsmänner und Kreise der Entente haben in der letzten Zeit mehrfach ausgesprochen, daß sie die Erhaltung der Demokratie in Deutschland wünschen. Das läßt erkennen, daß sie die deutschen Verhältnisse richtig beurteilen. Das demokratische Deutschland, aus dem die gegenwärtige Regierung hervorgegangen ist, strebt einen ehrlichen und wirklichen Frieden an. Es ist, um dieses Ziel zu erreichen, bereit, schwere Opfer auf sich zu nehmen. Aber unsere ehemaligen Gegner sollten an der Lösung einer Frage mithelfen, die vielleicht die gewaltigste ist, die ein Volk jemals auf sich genommen hat. Das erste, was die Mächte der Entente tun müßten, wäre die Aufhebung der Sanktionen. Sie haben, seit Deutschland das Ultimatum angenommen hat, keinerlei Begründung mehr und wenn in Frankreich geglaubt werde, daß diese Sanktionen ein Zwangsmittel sind, um Deutschland dauernd unter Druck zu halten und es zur Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen zu nötigen, so kann ich auch dieser Auffassung nicht beipflichten. Deutschlands ehrlicher Wille bedarf keiner Nötigung. Die Sanktionen erschweren das Erfüllungswerk, weil sie Arbeit und Verkehr behindern und täglich neue Verwirrungen schaffen. Im Rheinlande kann eine Fabrik ihre Erzeugnisse nicht vom linken auf das rechte Ufer schaffen, ohne daß Zollschranken zu passieren und komplizierte Manipulationen vorzunehmen sind. Die Sanktionen wirken wie eine Wunde am deutschen Wirtschaftskörper, deren Schmerz sich jeden Augenblick fühlbar macht. Wer Leistungen der deutschen Arbeitskraft erwartet, darf nicht solche Wunden offen halten. Ebenso ist es dringend nötig, daß die oberschlesische Frage eine Lösung findet, die den gerechten Ansprüchen Deutschlands, die sich auf das Ergebnis der Volksabstimmung gründen, gemäß ist. Die oberschlesische Frage ist mehr als eine deutsche Frage. Sie ist eine europäische Herzfrage, möchte ich sagen, und es geht nicht an, sie als eine Bagatelle zu behandeln.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die Pariser Beratungen

Paris, 28. Juni. Ueber die heute begonnenen Beratungen betr. die Ausführung des Londoner Abkommens ist folgender amtlicher Bericht ausgegeben worden: In Fortsetzung der Wiesbadener Besprechungen haben heute die Verhandlungen in Paris begonnen. Teilnehmer waren auf deutscher Seite Staatssekretär Bergmann und Präsident Guggenheimer, auf französischer Seite Minister Loucheur und aus den beteiligten Ministerien die Herren Seydoux, Tenery und Cheysson. Beraten wurden die Frage der Restitutionen und Ersatzlieferungen gemäß den Anregungen der Reparationskommission. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand werden morgen fortgesetzt. Morgen nachmittag wird über die Lieferung von Materialien verhandelt werden.

Reparationen an Polen

Warschau, 28. Juni. Die polnischen Vertreter in der Reparationskommission sind aus Wiesbaden nach Warschau zurückgekehrt. Polen erhält von Deutschland bis Ende 1922 35 000 Pfund zurückerstattet, wovon 11000 im laufenden Jahre abgeliefert werden müssen. Von dem durch die Deutschen aus Polen angeblich weggeführten 8000 Maschinen wurden bis jetzt 55 Prozent wieder ausfindig gemacht.

Für Aufhebung der Sanktionen

Paris, 28. Juni. Gustav Hervé bezeichnet in einem Leitartikel der „Victoire" die Zustimmung des Generals Höfer zu dem Rückzugsplan der Interalliierten Kommission in Oberschlesien als einen neuen Beweis für den deutschen guten Willen. Warum, fragt er, versteife sich der Ministerpräsident in diesem Augenblicke gegenüber der neuen deutschen Regierung mit ihren demokratischen Tendenzen darauf, die Aufhebung der im Rheinland gegen die alte reaktionäre Regierung ergriffenen Sanktionen zu verweigern? Er fürchte, der Schwäche angeklagt zu werden. Er fürchte die politische Unerfahrenheit vieler junger Abgeordneter, die, von ihrem Haß gegen Deutschland oder von ihrer Furcht vor ihm verblendet, die Räumung der Kohlenhäfen am Rhein und die Beseitigung der Zollinie als einen Rückzug betrachten würden. Will man die demokratischen Tendenzen in Deutschland begrüßen oder nicht? Wenn ja, so hebe man die Sanktionen auf. Es ist unmöglich, Sanktionen aufrechtzuerhalten, wenn die Ursachen, die sie veranlaßt hatten, verschwunden sind.

244 Millionen Goldmark

Paris, 28. Juni. Die **Reparationskommission veröffentlicht ein Kommuniqué über die bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen. Die deutsche Regierung hat soeben auf das Konto der Reparationskommission eine neue Zahlung von 44 Millionen Goldmark in europäischen Währungen geleistet. Die seit Mai dieses Jahres geleisteten Zahlungen belaufen sich mithin auf 160 427 000 plus 83 949 689 Goldmark gleich 244 376 690 Goldmark.**

Die Rheinagentur meldet aus Paris, daß General Nollet persönlich in Paris dem Ministerpräsidenten Briand einen ausführlichen Bericht über die von Deutschland erfüllten Verpflichtungen in bezug auf die Ablieferung der Waffen der Einwohnerwehren und Vernichtung von Kriegsmaterial erstattet hat. Der General erklärte, daß die deutsche Regierung offenbar nichts unversucht lasse, um bis zum 30. Juni die bis dahin fälligen Verpflichtungen des Londoner Ultimatums zu erfüllen.

Neuer polnischer Terror

Ratibor, 28. Juni. Hier eintreffende Flüchtlinge berichten, daß die Polen im Kreise Rybnik neue Verstärkungen zusammenziehen. Ueberall setzt erneut der Terror ein. In Rogau liegt das polnische Beutedetachement unter der Führung des Zuchthäuslers Kargeschke. Ebendort requiriert der polnische Kreisamme Friedrich rücksichtslos und erpreßte auch 30 000 Mk. Barzeld. Zahlreiche Geflüchtete hatten Gestellungsbefehle erhalten. Die Polenführer kündigen für den Fall ungünstiger Entscheidungen einen verstärkten Kampf an. Durch die Explosion auf dem Rybniker Bahnhof sind die Stadt und ihre Umgebung schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Hunderte von Schaufensterscheiben und tausende von Fensterscheiben sind zertrümmert, Schornsteine beschädigt, Dächer abgedeckt und die neue St. Antoniuskirche verwüstet worden. Die Rybniker Hütte mußte ihren Betrieb einstellen.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks

London, 28. Juni. Reuterbureau meldet amtlich: **Der Bergarbeiterstreik ist beigelegt.** Die Einigung zwischen den Bergwerksbesitzern und der Exekutive der Bergarbeiter ist vollständig auf der Basis der kürzlich von der Arbeiterschaft verworfenen Bedingungen erreicht worden. Eine geringe Verbesserung ist durch die Verlängerung des vorläufigen Abkommens erzielt worden, das nunmehr den Arbeitern den Friedenslohn plus 20 Prozent für 15 Monate zusichert. Beide Parteien ersuchten die Regierung um die früher zugesagte Beihilfe von 10 Millionen, was die Regierung vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments bewilligen dürfte. Darauf wird die Exekutive die Wiederaufnahme der Arbeit für nächsten Montag vorschlagen.

Frieden mit Amerika am 4. Juli?

Paris, 28. Juni. Nach dem New York Herald hoffen die republikanischen Führer im Kongreß, daß die Vereinigten Staaten sich mit Deutschland am 4. Juli in Friedenszustand befinden werden. Chicago Tribune bestätigt, beide Häuser des Kongresses seien zu einer Verständigung über die Resolution Knox und Porter gelangt. Senator Lodge, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hat sich nach Washington zurückbegeben in der Absicht, die Erklärung des Friedenszustandes zwischen Amerika und Deutschland am 4. Juli sicherzustellen.

Lohnherabsetzung in Amerika

Paris, 28. Juni. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Neuyork hat das Eisenbahnarbeitsamt eine 12%ige Lohnherabsetzung angeordnet, die am 11. Juli in Kraft treten und fast alle Beamtenklassen von 210 Eisenbahnen betreffen soll.

Günstige Aussichten für Oesterreich

Wien, 28. Juni. Bei dem heutigen Empfang der Vertreter der österreichischen Presse erklärte Bundeskanzler Schober, er sei nicht in der Lage, über die Aussichten der Kreditaktion authentische Mitteilungen zu machen. Aber er wage es, auf Grund gerade der Mitteilungen, die ihm in dieser Woche gemacht worden seien, eine hoffnungsvolle Note anzuschlagen. Es sei nicht rosiger Optimismus oder blindes Vertrauen, wenn er aus den ihm gegenüber gemachten Versprechungen und Aeußerungen die Hoffnung schöpfe, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, an dem man wirklich und rasch etwas, und zwar etwas Gutes, machen wolle.

Pressestimmen zur italienischen Regierungskrisis

Paris, 28. Juni. Dem Journal **wird aus Rom gemeldet, daß man von einem Kabinett Nicola, dem gegenwärtigen Kammerpräsidenten, spricht, ebenso von einer Koalition der Sozialisten und der Populari mit Meda als Ministerpräsidenten. Aber der Kandidat, der am meisten in Gunst steht, sei Giolitti selbst. Der gewesene Ministerpräsident würde ein vollständig neues Kabinett bilden. In diesem Falle würde Marquis Salvago-Raggi, der frühere Botschafter in Paris, Außenminister werden. Dieser ist gegenwärtig erster italienischer Delegierter in der Reparationskommission, eine Stellung, die dem Grafen Sforza anvertraut werden würde. Der Matin und das Petit Journal zeigen sich über den Sturz Giolittis besonders beunruhigt. Der Matin knüpft an einen Artikel des Blattes Tórche an, das er als durchaus deutschfreundlich bezeichnet. Da dieses Blatt den Sturz des Grafen Sforza begrüßt, behauptet der Matin, daß man sich über die Koalition, die den Fall des gegenwärtigen Kabinetts zustande brachte, außerordentlich beunruhigt zeigen müsse.**

London, 28. Juni. Daily Telegraph schreibt: **Der Rücktritt des Kabinetts Giolitti ist in gegenwärtiger Zeit ein Ereignis von** ungewöhnlicher Bedeutung. Die Unzufriedenheit des italienischen Parlaments sei zurückzuführen auf die Verzichtleistung Sforzas in der Adria und Albania und auf seine Unterstützung der polnischen Ansprüche in Oberschlesien trotz der Erregung im italienischen Volke infolge der italienischen Verluste in Oberschlesien. Man müsse abwarten, ob der Nachfolger Sforzas nicht versucht sein werde, eine türkisch-italienische Politik aufzugeben zugunsten einer Politik, die eine Entente im Osten zugunsten Großbritanniens, Italiens und Griechenlands vorsieht.

Rom, 27. Juni. Die Konferenz von Portorose ist auf den 19. Juli verschoben worden.

Rom, 28. Juni. Der König wird morgen mit dem Präsidenten der Kammer und des Senats die Lösung der Kabinettskrisis besprechen. Zur Demission des Ministeriums Giolitti schreibt der „Matin": Was auch die eigentlichen Gründe der Krisis gewesen sein mögen, die Feststellung, daß die Blätter, die deutschfreundlich gesinnt sind, den Sturz des Grafen Sforza begrüßen, indem sie ihm vorwerfen, sich als ein zu treuer Mitarbeiter an den französischen Vorarbeiten in den Diskussionen des Obersten Rates gezeigt zu haben, genügt, um Frankreich über den Ursprung der Koalition zu beunruhigen, die den Minister für auswärtige Angelegenheiten in eine gefährliche Lage gebracht hat.

Die Getreidezwangswirtschaft

Berlin, 28. Juni. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes erwiderte auf eine Anfrage schriftlich: Für die Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle sind in den Reichshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1920 5 835 000 Mark, für das Haushaltsjahr 1921 5 182 000 Mark ausgeworfen. Bei der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle sind für das am 15. August 1920 abgelaufene Wirtschaftsjahr nach vorläufigen Berechnungen verausgabt 82 828 667 Mark. Die Kosten der Landes- und Kommunalverbände für die Getreidebewirtschaftung sind nicht bekannt. Das Reich hat zur Verbilligung von Auslandsgetreide im Wirtschaftsjahre vom 16. August 1919 bis 15. August 1920 aufgewendet 4,5 Milliarden Mark. Für das Wirtschaftsjahr vom 16. August 1920 bis 15. August 1921 werden über Verbilligung von Auslandsgetreide und seit Oktober 1920 für im Mehlpreis nicht gedeckte Kosten des Inlandsgetreides 10,15 Milliarden Mark bleiben, die teils bereits bewilligt sind, teils noch angefordert werden.

Der Sieg der katholischen Schule in Holland

K. K. Aus Holland wird uns geschrieben: In einer Zeit, die den Katholiken Deutschlands aller Voraussicht nach die schwersten Kämpfe um die Erhaltung ihrer katholischen Schulen bringt, wird es gewiß nicht ohne Interesse sein, einiges über die Art und Weise zu hören, wie hier in Holland das Schulwesen geordnet ist. Der Kampf um die Schule ist bei uns jetzt abgeschlossen, und wenn auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt sind — insbesondere soweit der mittlere und höhere Unterricht in Frage kommt — so können wir doch mit gutem Grunde von einer siegreichen Beendigung dieses Kampfes reden. Vor dem Jahre 1848 war uns die Errichtung katholischer Schulen so gut wie unmöglich gemacht, die katholischen Eltern hatten nicht einmal Gelegenheit, ihre Kinder in der katholischen Religion unterrichten zu lassen. Erst das Jahr 1848 brachte uns das Recht, katholische Schulen zu bauen; freilich stand dieses Recht, zunächst wenigstens, lediglich auf dem Papier, denn die Errichtung mußte auf eigene Kosten vorgenommen werden und zudem hatten die Katholiken neben den eigenen Schulen auch noch die neutralen Schulen mitzubezahlen. Aber trotzdem setzte allmählich, dank der Ermahnungen und Ermunterungen des Episkopats und der Freigebigkeit wohlhabender katholischer Kreise, eine rege Bautätigkeit ein, die nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Hirtenschreibens der holländischen Bischöfe vom Jahre 1868 einen Höhepunkt erreichte. Doch weiter kam man vorläufig nicht, die Regierung zeigte, wie es im Grundgesetz heißt, „eifrige Besorgtheit" um das Wohl der neutralen Schule, kümmerte sich aber nicht im geringsten um die katholischen. Im Jahre 1878 ging sie aus der Passivität sogar zum Angriff über; die sogenannte „scharfe Vorlage" wurde Gesetz, die für die Errichtung katholischer Schulen schier unerfüllbare Bedingungen aufstellte. Nach und nach wurden dann wieder einige Erleichterungen erkämpft, doch im wesentlichen blieb es noch bei dem alten System.

Der Endkampf um die Schule setzte 1911 ein. Man bildete die sogenannte Pazifikationskommission, und Mitte 1920 wurde im Parlament mit einer Mehrheit von 73 gegen 3 Stimmen die jetzige Regelung gesetzlich festgelegt. Heute ist nicht bloß der neutrale Unterricht „ein Gegenstand unaufhörlicher Fürsorge seitens der Regierung", sondern schlechthin der Unterricht, also auch derjenige an katholischen Schulen. Der katholische Unterricht wird in demselben Maße geldlich unterstützt wie der neutrale. Zur Errichtung oder zur Vergrößerung einer katholischen Elementarschule genügt der Antrag eines eingetragenen Vereins an den Magistrat, das Geld für die Baulichkeiten muß alsdann bereitgestellt werden. Artikel 97 des Schulgesetzes besagt: „Am Ende jedes Jahres vergütet das Reich den katholischen Schulen die Lehrergehälter" und — Art. 101 — „die Gemeinden die Kosten für den Unterhalt der Gebäude, für Bücher, Lehrmittel, Heizung, Reinigung usw." In der Zusammensetzung des Lehrprogramms ist die katholische Schule ganz frei; sie darf so viele religiöse Bilder, Statuen, Bücher usw. zur Anwendung bringen, wie für nötig befunden wird, um sowohl den Schulräumen, wie dem Unterricht selbst einen rein katholischen Charakter zu geben. Die Ernennung der Lehrkräfte geschieht lediglich durch den Schulvorstand. Das Gesetz geht hierin soweit, daß es dem katholischen Schulvorstand in einer Gemeinde, die aus irgend einem Grunde für die neutrale Schule überzählige Lehrkräfte anstellt, oder sich sonst außerordentliche Ausgaben erlaubt, die Möglichkeit offen läßt, dasselbe auch für seine katholischen zu verlangen. Das Schulwesen wird zwar von einem Reichsschulinspektor überwacht; dieser hat aber kein Recht, die Richtung des Unterrichts irgendwie zu beeinflussen. Die Kirchenregierungen haben daneben ihre eigene Schulaufsicht.

Die Kohlennot

Berlin, 28. Juni. Wie die Blätter schreiben, führt das fortdauernde Ausbleiben der Kohlenlieferungen aus Oberschlesien allgemein zu einer völligen Entblößung Deutschlands von irgend welchen Kohlenreserven. Die Gasanstalten im Reiche können nur mit durchschnittlich 60 Prozent ihres eingeschränkten Kontingents beliefert werden. Die Elektrizitätswerke haben Abschaltungen von Industrien und Stromsperrungen vornehmen müssen.

Das Steuerprogramm vor dem Reichstag

Berlin, 28. Juni. Die Reichsregierung will dem Reichstag noch vor der Vertagung in formulierter Erklärung ihr Steuerprogramm wenigstens in seinen Grundgedanken vorlegen. Das Kabinett ist gegenwärtig damit beschäftigt, diese Erklärung abzufassen. Die Voss. Ztg. teilt mit, daß das Reichskabinett heute nachmittag zu einer Sitzung zusammentreten wird, auf deren Tagesordnung die Steuerreform steht. Wahrscheinlich wird das Ergebnis der Kabinettsberatung die Grundlage der Ausführungen bilden, die der Reichskanzler morgen im Reichswirtschaftsrat über die Steuerpläne der Regierung machen wird.

Holz- Grabkreuze! Holz-
dauerhaft, gr. Auswahl, Tischlerei **Dresden, Holbeinstr. 57**

Der Gänsebub

Fränkischer Dorfroman von Dina Ernstberger

(45. Fortsetzung.)

„Eigentlich ist das strengstes Amtsgeheimnis, das ich als Beamter nicht verletzen soll. Eher das Leben, heißt es da, wie das Amtsgeheimnis. Aber unter so guten Freunden kann man ja eine kleine Ausnahme machen." Mit strenger Amtsmiene zog er den interessanten Brief aus seiner Tasche und legte ihn auf den Tisch.

Peter machte ein gar wichtiges Gesicht, und um es noch wichtiger zu machen, sprach er jetzt hochdeutsch.

„Herrn Joseph Berger," buchstabierten die neugierigen Bauern langsam.

„Sakra! ich möcht nur wissen, was da drinna steht," meinte der Weberjörg und betrachtete sich den Gegenstand der allgemeinen Neugierde von allen Seiten.

Sofort nahm der pflichttreue Postpeter den Brief wieder an sich. Die Dörfler bekamen ordentlich Respekt vor der Amtswürde Peters, als er nun gar auf die Rückseite des Schreibens mit steifen, schweren Schriftzügen hinschrieb: „Gruß erlaubt sich der Postpeter."

„Peter schreib uns a an schön Gruß no und er söll recht bald komma, der Joseph," bat man jetzt den pflichtgetreuen Postbeamten. Nach kurzem Ueberlegen erlaubte es der Peter, daß jeder seinen Namen auf die Rückseite des Kuverts, direkt unter Peter seinem Namen setzte. Das beanspruchte eine lange Zeit, bis daß jeder seinen Namen geschrieben hatte. Das Kuvert war ganz voll von kritzlichen Schriftzeichen und Tintenflecken. Oben darüber hatte der Webermichel noch geschrieben: „Komm so bald wie möglich lieber Freund." und unten hin schrieb ein anderer großer Geist als Schlußsatz: „Des G'späßle kost a Fäßle." Dann fuhr Peter mit dem bedeutungsvollen Schriftstück davon. Schon zogen die Pferde an, da schrie der wißbegierige Maurersheiner aus Leibeskräften nochmal ein energisches „Oeha! Oeha! Halt!" so laut und energisch, daß die Postpferde, die an Altersehrwürdigkeit mit der Postkutsche wetteiferten, sofort zitternd stille standen.

„Von Kometen hast's uns net erzählt, Peter."

„Das erzähl ich auf'n Sunntag dann, da lohnt es sich mehr der Müh, an mehr Leut beisammen," rief der gelehrte Mann stolz von seinem hohen Bocksitz herunter und fuhr davon.

Wenige Tage nachher brachte der Postbote zwei Karten vom Flickschuster-Joseph ins Dorf. Die eine gehörte der Stammtischgesellschaft im Ochsenwirtshaus, die andere war für seine Mutter. Auf beiden teilte er seine Ankunft für die nächsten Tage mit.

Unter der Stammtischgesellschaft wurde die Nachricht mit Begeisterung aufgenommen. Das ganze Dörfchen hatte in kurzer Zeit Kenntnis von dem bevorstehenden Besuch. Der Postpeter hatte es mit seinen Freunden in hochherziger Weise verabredet, daß er, falls der Joseph mit dem Omnibus käme, schon weit draußen vor dem Dorfe, schon beim Hülanger recht laut und anhaltend sein Traritiri als erstes Signal ertönen läßt. So oft während der nächsten Tage die alte Turmuhr die vierte Nachmittagsstunde verkündete — das war die Zeit, wo der Omnibus durchs Dorf rollte — horchten viele auf das bekannte Traritiri, und wenn man dann die Räder der Postkutsche bereits rollen hörte und das Posthorn schwieg noch immer still, dann zog eine große Enttäuschung durch manch bierseliges Herz, das schon seit Tagen seinen Durst für das in Aussicht stehende Freibier sparte.

Im Flickschusterhäuschen hatte man mit Hilfe Mariannens alles zum Empfang gerichtet. Joseph hatte an seine Mutter ganz ausdrücklich geschrieben, daß er beim Peter drüben in seinem Geburtshäuschen wohnen wolle. Während sich Seppele und Heinele, die hoffnungsvollen Sprößlinge und Stammhalter der Flickschusterfamilie, königlich auf die Ankunft des Onkels freuten, dachte ihre Mutter mit angstvollen Gefühlen an den Besuch des noblen Herrn Schwagers. So oft sie Räder rasseln hörte, zuckte sie erbleichend zusammen. Die abenteuerlichsten Fluchtgedanken durchkreuzten dann blitzschnell ihr Gehirn.

„O liebs Himmala! Peter, er werd doch net bei uns essen a. Was sollt ich denn da kochen, daß ihm schmeckt! Ich kann nix wie Griesbrei und a Sauerkraut und Werscht," klagte sie schmerzlich ihrem Mann.

„Da kochst ganz einfach wie auf der Kerwa," beruhigte Peter seine ängstliche Gattin.

„Grad wie auf der Kerwa!" Langsam sprach sie die inhaltsschweren Worte nach. Seppele und Heinele wurde die Freude recht getrübt durch die täglichen ungewohnten Waschungen am Brunnen. Mehrmals des Tages wurden die Großmutter und Marianne durch ihre gellenden Wehrufe erschreckt. Wenn dann beide an das Fenster eilten, um die Ursache des lauten Schmerzes der Kleinen zu erfahren, dann sahen sie jedesmal, wie ihre Mutter einen um den anderen an den Brunnen zog, und unter heftigem Widerstreben die beschmutzten Gesichter ihrer Söhne mit dem Schürzenzipfel wusch.

So war der dritte Tag herangekommen. Für heute erwartete man mit ziemlicher Sicherheit den Besuch. Die Kleinen standen schon den ganzen Vormittag in ihren Sonntagskleidern auf der Straße, bereit zum Empfang des Onkels. Auf einmal kamen sie mit wildem, unbändigem Geschrei in den Hof gestürmt „etza kummt er! etza kummt er!" Die gellenden Rufe hatten auch die Großmutter und Marianne gehört.

Schnell traten beide unter die Haustüre; da hielt auch schon der Wagen mit dem ersehnten Besuch vor dem Hause. Freudentränen liefen der alten Flickschusterin über die gefurchten Wangen, als sie ihren Joseph wiedersah.

Wie ein Lauffeuer ging die Nachricht durch das Dorf: „Der Flickschuster-Joseph is kommen. Bis der Postpeter langsam und wehmütig sein kurzes Traritiri unmittelbar erst vor dem Ochsenwirtshaus zu blasen begann, war dort schon die ganze Stammtischgesellschaft in ungemein zahlreicher Beteiligung versammelt.

Seppele und Heinele schleppten mittlerweile dienstbeflissen das Gepäck des Onkels zur Großmutter in die Stube.

„Du sen da lauter Fischla drinna?" fragten sie bei jedem Paketchen den Kutscher, der ihnen die Sachen übergab. Und weil der gute Mann ihnen die gewünschte Auskunft nicht geben konnte, prüften sie alles, kräftig schüttelnd auf den Inhalt, bevor sie es neben der Großmutter niederlegten. Mit sehnsüchtigen Augen folgten sie dann jeder Bewegung des Onkels — wollte er denn immer noch nicht mit dem Auspacken beginnen? Heinele konnte es endlich nicht mehr aushalten vor Sehnsucht, zärtlich schmiegte er sich mit dem größten Paket, das er in den kleinen Armen halten konnte, an die Großmutter hin:

„Du, Frala, sen da lauter Fischla drinna?" fragte er mit bedeutungsvollem, wißbegierigem Blick.

Lächelnd öffnete dann Joseph ein Paketchen und breitete eine Menge guter Sachen vor den Kleinen aus. Ganz ruhig saßen sie eine Zeitlang da, neben all den vielen, süßen Sachen und aßen so lange, bis sie nicht mehr konnten und dann steckten sie sich alle Taschen voll für den Heimweg. Weil aber der Seppele größere Taschen hatte wie der Heinele, gab es zwischen beiden einen wilden Kampf, der mit einer lauten Heulerei endigte. Beschwichtigend zog Joseph den kleinen Heinele zu sich heran, dafür rächte sich Seppele, indem er sich in die herabhängenden Rockschöße des Onkels schneuzte.

(Fortsetzung folgt.)

Zentrum, Reichspolitik und Reichsschulgesetzentwurf

Wir bringen, nachdem wir schon am Sonnabend kurz darauf hingewiesen, in Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung, besonders der gehaltenen Referate, heute den ausführlichen Versammlungsbericht. D. R.

In der am 24. Juni stattgehabten Versammlung der Zentrumspartei, Ortsgruppe Dresden, begrüßte der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Apotheker Tränkner, die zahlreich Erschienenen und besonders den bekannten Verfechter der christlichen Bekenntnisschule, den Abg. Rektor Gottwald, der in liebenswürdiger Weise von Berlin hierher geeilt war, um die innere und äußere Politik der Zentrumsfraktion des Reichstages und deren Stellungnahme zum Reichsschulgesetzentwurf klarzulegen. In seinem oft von Beifall unterbrochenen Referate führte der verdienstvolle Schulmann unter anderem aus: In Berlin und Dresden sind wir in einer verschwindenden Minderheit, hier [illegible] es sehr schwer, sich durchzusetzen. Es ist leicht zu verstehen, daß beide Städte mit besonderem Interesse ihre gegenseitige Parteiarbeit beobachten und sich gegenseitig gern unterstützen. Es gibt viele Leute, die sich wundern, daß sie noch leben, daß das Deutsche Reich noch lebt. Wenn wir heute betrachten, was notwendig ist, um lebensfähig zu sein, so werden wir dahin kommen, daß nicht zu leben ist; dennoch wird gelebt. Wir müssen uns wundern, daß Deutschland alles zu ertragen vermag und daß es sich erhält. Es zeigt sich hieraus, daß auch das Sterben nicht leicht ist. Vergegenwärtigen wir uns diese Lage zwischen Leben und Tod, so sehen wir, daß niemand bestimmte Vorschläge zu machen vermochte, wie wir aus dieser Notlage herauskommen. Es lassen sich nur verschiedene Vorschläge aufstellen, wie wir herauskommen könnten. Unsere wirtschaftliche Lage ist bedingt durch die Lage im Auslande. Daß die Entscheidung über Oberschlesien die Entscheidung über die Reparationsfrage ist, diese Ansicht ist im ganzen deutschen Volke vertreten. Wir müssen erkennen lernen, daß es von Oberschlesien abhängt, ob wir eine feststehende Regierung bekommen. Ueber die Frage, wie das deutsche Volk arbeiten muß, um sich aus dieser wirtschaftlichen Notlage zu befreien, gehen die Ansichten weit auseinander.

Wenn wir etwas in der Welt erreichen wollen, ist es unbedingt notwendig, daß unsere Lage im Lande eine geschlossene ist. Währenddessen tobt im Lande der Kampf und es ist ausgeschlossen, eine einheitliche Front zu bilden gegenüber dem Auslande. Zwei Mittel nur sind möglich uns durchzusetzen, das eine ist Gewalt, das andere Verhandeln. Es sagen viele, daß die Regierung ehrlos handelt, weil sie Oberschlesien nicht beistehe und weil sie den Selbstschutz nicht unterstütze. Was die Polen getan hätten, müßte auch Deutschland tun. So hören wir die Leute predigen, die während des ganzen Krieges nicht nachgeben wollten, um ihren Willen durchzusetzen. Und das Nichtnachgeben ist uns teuer zu stehen gekommen. Weitaus billiger wäre es für uns gewesen, wenn wir uns mit den Tatsachen abgefunden hätten, auch wenn uns hierbei Nachteile entstanden wären. Der richtige Zeitpunkt des Friedensschlusses war im Jahre 1917 versäumt worden. Als dieser versäumt war, gab es für uns nur noch zwei Möglichkeiten: Den Feind noch weiter hinzuhalten oder alles auf uns zu nehmen. Nach dem Zusammenbruch war die Frage des Nachgebens freilich in sich zusammengefallen. Wie kann ein Mensch sich vorstellen, daß wir gegen einen Feind jetzt noch etwas ausgerichten vermögen, der uns alles genommen hat und uns sogar verbietet, mit hölzernen Gewehren die Reste unseres stolzen Heeres auszubilden? Viele werfen hier ein, daß sie den passiven Widerstand meinten. Das ist ebenso töricht. Wenn wir uns die Folgen ausmalen, die mit der Uebernahme der Kohlengruben im Ruhrgebiet durch die Franzosen verbunden sind und wenn wir bedenken, daß die Franzosen, wenn sie ihren Willen, aus den Kohlen die Milliarden herauszuholen, nicht verwirklicht sehen, wieder zur Blockade greifen, dann müssen wir doch uns völlig klar sein, daß ein solcher Zustand nicht länger auszuhalten ist. Stellt man sich dies klar vor Augen, so wird jeder, der bei der Frage der Annahme des Ultimatums Nein gesagt hat, Ja sagen müssen. Wie können also gar keine auswärtige Politik treiben, weil jeder in Deutschland, der eine Meinung vertritt, Unterstützung findet. Und weil wir in dieser Frage so gespalten sind, sind wir so schwach im Innern. Doch da die preußischen Verhältnisse eine so große Bedeutung für das Reich haben, so darf ich wohl, über diese am besten orientiert, einige Worte hierüber sprechen. Die preußische Regierung stützt sich auf ein Viertel der Abgeordneten der Kammer, ist also eine ausgesprochene Minderheitsregierung. Diese Regierung soll nun dem Auslande gegenüber stark auftreten. Sie werden sich von selbst sagen, daß dies unmöglich ist. Das ist die Schuld des Volkes, das sich keine stärkere Regierung schaffen kann. Die Reichsregierung hält sich nur mit der Unterstützung von rechts, die preußische hingegen wird von links unterstützt. Das ist ein Bild, welches nur allzu deutlich die Verhältnisse in unserem Vaterlande kennzeichnet. Die Regierungen werden nicht gestürzt, weil niemand weiß, was für eine Regierung geschaffen werden soll. Die Verhältnisse in Preußen sind dadurch charakteristisch, daß die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit nur allzu deutlich zum Ausdruck bringt, daß ohne sie nicht regiert werden kann. Es ist klar, daß eine so starke Partei an der Regierung teilnehmen muß. Im Reiche müssen die Regierungen eine große Verantwortung übernehmen. Dort werden schwere Fragen gelöst und die Regierungsparteien müssen starke Lasten auf den Nacken des Volkes legen. Sie setzen sich dadurch den größten Angriffen aus. In den Ländern werden die Gesetze nur ausgeführt, was diesen Regierungen dadurch ermöglicht, bei entstehenden Differenzen die Schuld auf das Reich abzuwälzen. In den Ländern hat die Regierung einen großen Einfluß. Die Polizei und die Verwaltungsorgane sind ihnen vollkommen überlassen. Es ist hier selbstverständlich, den Regierungsvertretern eine große Macht eingeräumt, für ihre Parteien Vorteile herauszuschlagen. So hat sich zum Beispiel in Preußen unter dem Regime des Kultusministers Hänisch die Zahl der organisierten sozialdemokratischen Lehrer verdoppelt. Dasselbe Bild zeigt sich bei den sozialdemokratischen Landwirtschaftsgenossenschaften, auch hier ist die Mitgliederzahl während der Zeit des Landwirtschaftsministers Braun von 50 000 auf 1 000 000 gestiegen. Und dabei ist die Verantwortung, die diese Herren haben, nicht einmal groß, denn sie können alles auf das Reich abwälzen. Ich will noch einmal betonen: Im Reiche die Verantwortung und in den Ländern die Ausführung. In Preußen hat die Sozialdemokratie eine Gewaltpolitik versucht, aber es ist ihnen mißlungen. Sie haben ungeschickt operiert und stehen nun außerhalb der Regierung. Es wird bei dieser Politik einmal so weit kommen, daß die Auflösung der Kammer nicht mehr zu verhindern ist. Man kann sagen, daß die Sozialdemokratie die Regierungsmöglichkeit untergräbt, ja sie schreckt hierbei nicht einmal vor künstlichen Mitteln zurück. Bei diesen Parteien steht das Interesse der Partei vor den Interessen des Ganzen. Dies kennzeichnete sich besonders bei der letzten Regierungsbildung, wo sich diese Partei dahin äußerte, daß sie, falls sie von der Regierung ausgeschaltet, kein weiteres Interesse am Lande habe. Stellen wir uns vor, welch regelmäßigen Entwicklungsgang unser Land seit der Revolution durchgemacht hat. Erst hatten wir die Volksbeauftragten, dann hatten wir eine Regierung, in der die Sozialdemokratie die Hauptrolle spielte, es folgte eine Regierung, wo die Sozialdemokratie ausgeschaltet war und jetzt wieder eine Koalition mit der Sozialdemokratie. Diese Regierung war die Folge davon, daß die Deutsche Volkspartei trotz des entschiedensten Einspruches Stresemanns fast einstimmig gegen die Annahme des Ultimatums gestimmt hat. **Wir haben also wieder die alte Weimarer Regierung, nur daß sie jetzt keine Lebensfähigkeit mehr besitzt.** Die Hauptfrage ist jetzt, ob sich bei der Ausführung des Ultimatums eine Mehrheit ergibt. Es ist eine schlechte Stimmung gegen Deutschland vorhanden, auch im neutralen Auslande. Ueberall herrscht die Meinung, daß Deutschland seine Leistungsfähigkeit unterschätzt. Der Krieg ist außerhalb Deutschlands gewesen, die Zerstörungen treffen die Sieger. Wir sind stolz über unsere Leistungen während des Krieges. Wir haben Jahre hindurch standgehalten gegen eine zehnfache Uebermacht. Was wir früher geleistet haben, gereicht uns jetzt zum Vorteil, denn diese Leistungsfähigkeit wird uns auch jetzt noch zugeschrieben. Ferner kommt der Aufschwung vor dem Kriege uns noch als Vorteil zu. Und so sagt man, daß der deutsche Kaufmann wieder in der Welt so auftreten wird, daß Deutschland, das den Krieg verlor, den Frieden gewinnen wird. Und deshalb glauben unsere Feinde, daß bei uns ein tüchtiger Aderlaß angebracht sei. So stehen wir außenpolitisch. Man hält uns nicht für ernst, wir haben uns um viel Kredit gebracht dadurch, daß wir die Forderungen unserer Feinde erst immer für undurchführbar bezeichnet und später doch annahmen. Nur eine Möglichkeit gibt es für uns noch, wirklich zu zeigen, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sind.

Man hat ausgerechnet, daß kaum das Dreifache der jetzigen Steuern ausreicht, um die Auslagen zu decken. Es ist ganz klar, daß eine solche Steuer nur dann erhoben werden kann, wenn die Mehrheit des Reichstages dahinter steht. Wenn wir aber mit unseren Gegnern verhandeln wollen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als die größten Zugeständnisse zu machen. Es ist ausgeschlossen, nur zu versprechen und dann nicht zu halten. In diesem Falle kämen wir aus dem Diktat nicht mehr heraus. Die Ansprüche unserer Gegner lassen sich nur dann befriedigen, wenn wir uns schwere Lasten auferlegen. Siegen oder sterben rufen viele, wenn es aber darauf ankommt, genießen sie die Früchte des Sieges, das Sterben aber überlassen sie anderen. Sie sind lieber bereit, das Leben anderer als ihr Geld zu opfern. Viele sagen bei den Steuern, daß dieses Geld in die Hände der Feinde gespielt werde, das trifft nicht zu. Es ist klar, daß von den großen Vermögen ein Teil geopfert werden muß. Es darf gar nicht in Erwägung gezogen werden, ob wir das Vermögen oder das Leben eines Volkes schützen müssen. Wer hier nicht hilft, der ist ein Feind unseres Volkes. Wir kommen dahin, zu sagen, daß unsere ganze Politik auf sittliche Grundsätze zurückgeht. Wir sehen, daß wir gerade auf diesem Boden eine schwerere Niederlage erlitten haben als draußen im Felde. Ein großer Teil unseres Volkes setzt alles, was er an Macht besitzt, ein, um die Volksgenossen zu bekämpfen. Das gilt besonders bei der Schulfrage. Man möchte uns ausschalten von der Gleichberechtigung. Daß es in Sachsen gelungen ist, die christliche Schule zu retten, ist kein Mehrheitserfolg. So haben wir einen Machtstandpunkt der uns überall in der Welt Schaden gebracht hat, auf den wir in der Außenpolitik verzichten müssen, aber im Innern nicht vergessen können. Im Reiche suchte man einen Ausgleich zu schaffen, in dem man allen das Recht in die Hand geben wollte, die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Das sollte durch den Reichsschulgesetzentwurf gewährleistet werden. Wir stehen dem Reichsschulgesetzentwurf unbefangen gegenüber. Wir würden nicht besonders traurig sein, wenn er fallen gelassen würde. Für Sachsen ist es besonders wichtig und der Regierung besonders vorteilhaft, daß in 17 Paragraphen 14 mal gesagt wird: Das übrige bestimmen die Landesregierungen. Von dem sächsischen Parlament ist deshalb für die christliche Bekenntnisschule nicht viel zu erwarten und es ist außerordentlich notwendig, daß das Reichsschulgesetz so gestaltet wird, daß den Landesregierungen engere Grenzen gesetzt werden. Ein Punkt ist noch nötig. Der Entwurf sagt, die Landesregierung soll entscheiden, ob ein Antrag auf Errichtung einer Schule gestellt werden kann. So wird in Sachsen die Errichtung einer konfessionellen Schule fast unmöglich. Die Gemeinschaftsschule erhält einen Vorzug dadurch, daß nur 10 Prozent der Wahlberechtigten die Errichtung einer Gemeinschaftsschule bewirken können. Wichtig ist, was eine Gemeinschaftsschule ist. Man hat immer den Eindruck gehabt, daß sie mit der Simultanschule identisch sei. Die Simultanschulen sind aber christliche Schulen, oft katholische Schulen. Eine solche Schule ist die Gemeinschaftsschule nicht. Diese ist eine weltliche Schule, denn alle sollen darin aufgenommen werden, auch Dissidenten. Hier wird gesagt, es solle alles Religiöse ausgeschalten werden, also: Atheismus. Die Gemeinschaftsschule ist eine weltliche Schule, der Religionsunterricht steht außerhalb derselben. So haben wir reinen Tisch, wir werden nur 2 Schulen haben: Christliche und Weltliche. Wie stellen wir uns nun zum Reichsschulgesetzentwurf. Es ist die Gemeinschaftsschule, die als herrschende Schule gedacht ist. Auch die Gegner bekämpfen ihn. Sie glauben auch eine Religion zu besitzen, wenn sie sich in Gefühlsduseleien ergehen, aber das ist nicht Christentum. Die Errichtung der Bekenntnisschulen ist erschwert und nicht, wie die Gegner behaupten, begünstigt. Und dennoch wird ein wilder Kampf geführt gegen den Entwurf, weil er der christlichen Schule noch zu viel Raum einräume. Dieser Kampf ist in Sachsen am heftigsten. Außer in Sachsen ist der Entwurf nur wenig bekämpft worden. Wie die Sozialdemokratie nicht auf die weltliche Schule verzichtet, so das Zentrum nicht auf die christliche Schule. Hier ist nur etwas zu erreichen, wenn sich die Parteien zusammenschließen und wenn keiner Vorteile eingeräumt werden. Das Reichsschulgesetz bestimmt, daß alle christlichen Schulen als beantragt gelten. Gegen diese Bestimmung wenden sich alle Linksparteien mit Einschluß der Demokraten. Niemand kann sich auf den Standpunkt stellen, daß es erlaubt ist, so große Gruppen zu vergewaltigen und daß es recht ist, daß dieselben Gruppen die sich früher bedrückt glaubten, jetzt gegen die anderen losziehen. Es gibt Kreise die glauben, daß die Mehrheit von einer Stimme genügt, den Ausschlag zu geben. Das ist Jarismus im höchsten Grade. Was bleibt von unserer Schule übrig, wenn wir das tausendjährige Christentum verstümmeln. Der Katholizismus ist ein Kulturwerk, daß wir schützen müssen. In den Wesen des Deutschtums gehört auch der deutsche Katholizismus. Die deutschen Katholiken sind die Grenzdeutschen. Sie sind es, die den Kampf gegen alle Nationen geführt haben. Diese deutschen Katholiken müßten von ihren deutschen Brüder unterstützt werden, damit sie sich wohlfühlen im deutschen Lande. Leider das Gegenteil. Trübe Erfahrungen haben sich gezeigt, große Teile haben sich von Deutschland gelöst. Das Gefühl der deutschen Einheit, muß rege bleiben! Durch diese Schulkämpfe werden wir vielleicht eine Einheitsschule, aber kein Einheitsvolk haben. Schule und Haus, aber auch die Kirche teilen sich in die Erziehung des Kindes. Wenn das Kind hin und her gezogen wird, was soll da aus dem Kinde werden. Wie wird es in einer Schule sein, die die innere Einheit nicht besitzt? Der Kampf wird in das Kind hineingelegt. Dieser Kampf, der Kampf im Kinde ist der traurigste Kampf! Man weist darauf oft hin, daß der Wert der Schule von der Person des Lehrers abhänge. Hier muß man sich klar werden, ob alle Ansichten von der Erziehung des Kindes allen gemeinsam sind. Auch das Kind muß seine Freiheit besitzen und so muß es kommen, daß Kind und Lehrer sich so zusammen finden, wie sie sich zusammen finden sollen. So kommen wir zur Bekenntnisschule. Die Bekenntnisschule ist nicht nur eine Schule der sittlichen Erhebung, sondern auch eine vaterlandstreue Schule. Deutschland hat unter dem Katholizismus seine größte Blüte erlangt und da sollte der Katholik nicht ebenso Vaterlandstreu sein wie jeder andere Bürger? Das ist nicht zum Denken! Ich habe nie gehört, daß eine Zersplitterung in der Schule eingetreten ist. Die Frage des Friedens und des Krieges ist leicht zu lösen. Der Friede kann nur aus der Gesinnung heraus geben und den finden wir in den Bekenntnisschulen. Ich habe mich bemüht, immer das zu betonen, einmal daß der Unfriede verzehrt, dann, daß der Friede nährt. Darunter leiden wir am schwersten, daß wir den Krieg untereinander führen. Und da muß ich mit Stolz sagen, daß die Zentrumspartei die friedlichste ist in Deutschland. Allen Regierungen hat sie angehört. Wenn sie so streitsüchtig gewesen wäre, wäre sie von anderen Parteien abgelehnt worden. Man ist in weiten politischen Kreisen davon überzeugt, daß eine Regierung ohne das Zentrum unmöglich ist, weil das Zentrum eine bindende Kraft gewährt und weil es einen Ausgleich schafft. Der Reichskanzler, wie auch der preußische Ministerpräsident sind Angehörige des Zentrums. Dazu haben die anderen Parteien nur ihre Zustimmung gegeben, weil ein anderer Ausweg nicht möglich war. Warum kann das Zentrum so verbindend wirken. Das ist deshalb der Fall, weil es als einzige Partei aus sittlichen Grundsätzen heraus geboren ist. Es ist klar, daß ohne Sittlichkeit unser deutsches Volk nicht zu bestehen vermag. Dadurch, daß wir uns auf den Standpunkt stellen, daß in unserer Politik die Religion eine Rolle zu spielen hat, treiben wir einzig richtige, folgerichtige Politik des Wiederaufbaues. Und darum ist es die Zentrumspartei, die unser deutsches Volk zum Leben erhalten hat. Und wenn wir bedenken, daß unser deutsches Volk sich erhält, dann müssen wir diese Regierung unterstützen. Wir müssen uns das Ziel stecken, frei von Parteiinteressen das Wohl des Volkes zu fördern. Diese großen Aufgaben sind für uns doppelt schwer, weil wir vereinzelt unter vielen stehen und weil wir große Widerstände zu bestehen haben. Aber je schwerer die Aufgaben, um so mehr Kraft müssen wir aufzubringen versuchen. Das Gefühl der Ueberlegenheit muß alle beseelen, dann werden wir dazukommen, daß sich das Zentrum als der starke Turm bewährt, wo sich die Wogen brechen, und das Volk wird langsam aber sicher wieder einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine ausgezeichneten sachlichen Ausführungen.

Alsdann erstattete Herr stud. chem. et. math. Karisch Bericht über die Fuldaer Jugendtagung. Er führte aus, daß die politische Jugendbewegung kein Geschenk der Revolution sei und daß schon lange vor dem Kriege, das Zentrum seit den 90iger Jahren, die Parteien ihre Jugend zum politischen Kampfe herangebildet hätten. Die Revolution hatte zur Folge, daß 1919 zahlreiche neue Jugendgruppen in ganz Deutschland aufblühten. Auch in Sachsen erstanden solche. Was die Zentrumsjugendgruppen betrifft, so entstanden sie in großer Zahl, aber es wurde hier keine einheitliche Arbeit geliefert, das Verhältnis zur Partei war ungeklärt, ja nicht einmal immer gut. Da faßte Dr. Vockel vom Reichsgeneralsekretariat den Plan eines Reichsverbandes und berief die Vertreter zu einer Beratung und Beschlußfassung nach Fulda. Hier hatten sich außer der Jugend auch zahlreiche bewährte Zentrumsführer eingefunden, u. a. Reichspostminister Giesberts, Professor Dr. Schreiber, Dr. Hoefle und der sächsische Abgeordnete Heßlein. Nach einem Begrüßungsabend hielt Minister Giesberts eine Ansprache und brachte zum Ausdruck, daß die Jugendbewegung nach Kräften unterstützt werden müsse. Es beginne für die Jugend jetzt eine eiserne Zeit und da müsse der Bonifatiusgeist in der Jugend rege werden. Herr Abgeordneter Dr. Hoefle wies auf die Notwendigkeit der Schulung der Jugend hin, die von christlichem Geiste und der Liebe zum Deutschtum und zum Vaterlande getragen sein müsse. Der soziale Gedanke müßte gepflegt werden. Einer für alle und alle für einen müßten eintreten. Herr Dr. Vockel gab ein klares Bild von dem Verhältnis der Jungzentrumsgruppen zu der Partei und besprach die innere einheitliche Organisation, bei der besonders die Erfassung der weiblichen Mitglieder und die Finanzfragen, ferner das Verhältnis der Gruppen zu den konfessionellen Vereinen beleuchtete. Es wurden Beschlüsse gefaßt, von denen besonders die Bestimmung hervorgetreten ist, überall Jugendgruppen einzurichten und die Aufnahme vom 14. Lebensjahre zu gestatten. Für Sachsen wurde die untere Grenze auf das 16. Lebensjahr erhöht. Die Windthorstbunde sollten den Ortsgruppen so angegliedert werden, daß der Vorstand der Gruppe der Zentrumsortsgruppe als ordentliches Vorstandsmitglied angehört. Die Kassenführung soll von den Jungzentrumsgruppen selbst gehandhabt werden.

Es mache sich notwendig, Gauverbände und Provinzverbände zu gründen. Die Wahl des 1. Vorsitzenden der Windthorstbunde fiel auf den Abgeordneten Dr. Hoefle. Die nächste Tagung wurde für Köln a. Rh. bestimmt.

Der nächste Erbe des neuen Deutschen Reiches ist die heutige Jugend. Sie kann und soll es jetzt mit aufbauen und später stützen helfen. An alle, die guten Willens sind, besonders aber an die, die christliche Weltanschauung ihr eigen nennen, richte ich die Bitte, ihre Liebe zum deutschen Vaterlande durch Arbeit im Geiste der Versöhnung und der Gerechtigkeit gegen alle Volksbrüder zu beweisen. Starker Beifall dankte auch diesem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen.

In der folgenden Debatte ergriff Herr Abgeordneter Heßlein das Wort und führte u. a. folgendes aus: Wir haben am letzten Sonntag hier in Dresden die Elternratswahlen gehabt. Es ist eine Mehrheit von etwa 30 Kandidaten für die christliche Schule erreicht worden. Wir wollen das mit Genugtuung aussprechen, denn wenn diese Mehrheit zustande gekommen ist, dann ist sie durch die katholischen Schulen erzielt worden. Die Spanne ist eine geringe. Wir wollen uns klar darüber sein, daß die Gegner alles tun werden, um uns den Erfolg streitig zu machen. Im folgenden kam Redner noch auf Organisationsfragen zu sprechen. Herr Oberlehrer Scheder betonte, daß die sächsische Lehrerschaft nicht müßig gewesen sei, um Klarheit zu schaffen. Es sei zu bedauern, daß der Gesetzentwurf nicht noch vor der Vertagung des Reichstages vor das Plenum gebracht werde. Es müsse soweit kommen, daß die Lehrer in Schulen ihres Bekenntnisses untergebracht werden.

An der Aussprache nahmen noch teil die Herren Dorn, der als Vertreter der Jungzentrumsgruppe Dresden Herrn Karisch für seine Berichterstattung dankte und Herr Friedmann, der für die Annahme der Entschließung, die wir am Schluß veröffentlichen, eintrat.

Auch ein Vertreter der Gemeinschaftsschule kam noch zu Worte, den Herr Rektor Gottwald in seinem Schlußworte in kurzen Ausführungen trefflich widerlegte.

Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Die heutige Versammlung der Ortsgruppe Dresden der sächsischen Zentrumspartei billigt einstimmig das Verhalten der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages sowohl bei der Frage über die Annahme des Ultimatums der Entente, als auch bei der darauffolgenden Stellungnahme zur Regierungsbildung, die klar erkennen läßt, daß die Partei das Wohl des Vaterlandes über alle Parteiinteressen und Parteivorteile gestellt hat.

2. Nach dem von Herrn Abgeordneten Rektor Gottwald gehaltenen Referate über den Reichsschulgesetzentwurf spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages alles daran setzen wird, um den bekenntnistreuen christlichen Eltern und Erziehungsberechtigten gerade im Freistaat Sachsen zu ihrem Rechte zu verhelfen bezüglich der konfessionellen Schule. Die Anwesenden sehen in der Erhaltung dieser Schulgattung nicht eine Zerschlagung der Einheitsschule, wie es vom sächsischen Lehrerverein in Dresden hinzustellen versucht worden ist. Vielmehr ist es nur die billige und rechtliche Forderung, was auch von den Anhängern der weltlichen Schule anerkannt werden muß, da ja nach der Reichsverfassung jedem deutschen Bürger vollkommene religiöse Gewissensfreiheit zugebilligt ist, gleichzeitig aber auch die Ausübung jedweden Bekenntnisses garantiert wurde. —vl—

Ev. Johannes 6,69. Ein Wort zum Religionsunterricht

Wer das Bekenntnis Petri im Namen der Jüngerschaft: „Wir haben geglaubt und erkannt, daß du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes" zu seinem eigenen hat werden lassen, dem ist es in keiner Weise möglich, seinen Kindern eine religiöse Unterweisung zuteil werden zu lassen, in der dieses Bekenntnis geschmälert oder gar verleugnet wird. Leider sind wir nun einmal dahin gekommen, daß um Sein oder Nichtsein des konfessionellen Religionsunterrichts ein selten harter Kampf entbrannt ist, und es dürften sich wohl alle Beteiligten — haben wie drüben — darin einig sein, daß der springende Punkt doch immer die eine Frage ist und bleiben wird: Wie dünkt euch um Christus? Ist Christus für mich der Herr, der gekreuzigte und auferstandene Heiland? Oder ist Jesus für mich nur der Zimmermannssohn von Nazareth? Für den, der die erstere Frage bejahen kann, für den ist auch damit das Problem des Religionsunterrichts gelöst, und der kann gar nicht anders, als immer wieder von neuem die Bekenntnisschule fordern — er sei Protestant oder Katholik — jeder entsprechend seiner Konfession.

Man kommt in diesen Gedankengängen ohne weiteres auf den Entwurf des Reichsschulgesetzes zu sprechen. Vor mir liegen die beiden Entschließungen des Landesvereins des Evangelischen Bundes in Pirna und des Landesschulausschusses der Deutschen Volkspartei in Chemnitz. Warum stelle ich diese beiden Kundgebungen einander gegenüber? Jedem politisch Unterrichteten dürfte doch bekannt sein, daß die Vertreter dieser beiden Organisationen dem gleichen Kreisen angehören, und trotzdem besteht ein recht beachtenswerter Widerspruch zwischen beiden Entschließungen.

Der Evangelische Bund fordert u. a., „daß das Reichsschulgesetz für die evangelischen Kinder die evangelische Schule als gleichwertig neben die Gemeinschaftsschule stellt usw." Ich setze voraus, daß damit die evangelische Bekenntnisschule gemeint ist. Warum ist dies aber um der Klarheit Willen nicht ausdrücklich betont worden? Im Gegensatz dazu erklärt der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei klipp und klar: „... Er tritt ein für die Gemeinschaftsschule usw." (Sächs. Volksztg. Nr. 131) „... Kirchliche Leitung und Beaufsichtigung (überhaupt rechtlicher Anteil der Religionsgemeinschaften an der Ordnung des Religionsunterrichts) ist ausgeschlossen."

Damit hat die Deutsche Volkspartei in Fragen von Kirche und Schule sich selbst das Urteil gesprochen. Die unausbleibliche Folge davon wird sein, daß die auf dem Boden des positiven Christentums stehende Anhängerschaft der Deutschen Volkspartei bei den nächsten Wahlen die Konsequenzen daraus ziehen wird. Für mich — und diese Ansicht wird mit mir manche meiner evangelischen Parteifreunde im Zentrum teilen — hat die Deutsche Volkspartei damit jede Sympathie verloren. Diese Partei stellt sich mit dieser Entschließung auf ein und denselben Standpunkt zur Deutschen Demokratischen Partei. Nun ist sie glücklich bei den Zwickauer Thesen gelandet. Einzelweise Kreise werden gar nichts anderes erwartet haben nach der Stellung, die Herr Prof. Dr. Hermann bei seinen Vorträgen im Lande hier und da und auch im Landtage bei der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes eingenommen hat. Ich war in der Lage, ein Referat des Abg. Hermann zur Frage des Religionsunterrichtes in Sebnitz zu hören, daß er hier im Auftrage der Deutschen Volkspartei gehalten hat. Aus seinem Vortrage war ohne weiteres schon zu Anfang klar ersichtlich, daß er nicht die Absicht hatte, für die Bekenntnisschule einzutreten, sondern daß seine Ausführungen sich mehr und mehr den Zwickauer Thesen näherten. Kein Wunder, besagt doch die angeführte Entschließung der Deutschen Volkspartei: „Der Religionsunterricht hat das Ziel, der Jugend das Verständnis des religiösen Lebens unseres Volkes zu vermitteln, sie zum religiös-sittlichen Denken, Fühlen und Handeln zu erziehen." Also religiösen Gesinnungsunterricht will man unserer Jugend bieten, nicht bekenntnismäßigen Religionsunterricht. Die Person Jesu will man unseren Kindern als vorbildlichen Menschen — vielleicht auch als Muster aller Vorbilder, je nach der persönlichen Ansicht des unterrichtenden Lehrers — vor Augen führen, aber nicht als Gottmenschen, als Gottes Sohn. Und gerade dies ist ja gerade der Kern unseres Bekenntnisses, woran keine „gesicherten Ergebnisse der Wissenschaft", keine noch so moderne Zeit etwas zu ändern vermögen.

Der Evangelische Bund mahnt (in seiner Entschließung) die evangelischen Eltern: „Wahrt bei den kommenden Entscheidungen über die Schularten in Elternratswahlen und Versammlungen euren Kindern das Erbe der Reformation!" Was würden die Reformatoren dazu sagen, wenn sie aufstünden und sähen, daß wir unserer Jugend eine religiöse Unterweisung zuteil werden ließen, an deren Ordnung überhaupt rechtlicher Anteil unserer evangelischen Kirchen nach Meinung der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen wäre.

Es ist ungemein wichtig, bei jeder Gelegenheit zu betonen, daß in der Frage des Religionsunterrichts alle auf dem Boden des Bekenntnisses stehenden Konfessionen, ob katholisch, evangelisch-lutherisch, evangelisch-reformiert oder einer anderen Richtung angehörend, einig zusammenstehen im Kampf in erster Linie gegen das Antichristentum, dann aber auch gegen den Liberalismus, einig in dem Bekenntnis: „Wir haben geglaubt und erkannt, daß du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes."

Dem Landesschulausschuß der Deutschen Volkspartei aber sind wir dankbar für die Klarheit, die er mit seiner Chemnitzer Entschließung geschaffen hat, wenn sie auch leider nicht zu unseren Gunsten ausgefallen ist.

Paul Richter-Sebnitz.

Neudeutschland und der Deutsche Orden

Von Obersekundaner Adolf Hechelmann, Leipzig

Mächtig regt sich in der deutschen Jugend der Wille ein neues Vaterland aufbauen zu wollen, ein Vaterland, in dem Zucht und Sitte wieder in hohen Ehren stehen sollen. Alle Jugendbewegungen, mögen sie rechts oder links stehen, prägen immer wieder den Satz: Jugend muß rein sein! In Erfurt wurde nun vor etwa einem Jahre eine Bewegung geboren, der „Deutsch-evangelische Orden", eine Bewegung, die es sich zum Ziele setzt den „neuen Menschen" zu erziehen; den neuen Menschen, dem die Liebe zu seinen Mitmenschen und zu seinem Vaterlande über alles geht. Mit Gott für Orden und Vaterland ist ihr Wahlspruch. Die Ordensbrüder wollen untereinander religiöses Empfinden erwecken, sie suchen ein neues Religionsideal, die „deutsche" Religion. Ihr Streben ist ehrlich, wir Neudeutschen erkennen es an, ein Zusammengehen mit dem Deutschen Orden ist aber unmöglich. Wir Neudeutschen lieben unser Volk und Vaterland, wir wollen es wieder hochbringen, in Ehren soll es wieder stehen, auch der Orden will ja das neue, bessere Vaterland aufbauen, nur hält er alle „Nichtevangelischen für die schlimmsten Feinde für den Neuaufbau des Reiches". (Der Germane: März 1921) Sie wollen eine Heerschar sein gegen „etwaige Angriffe der katholischen Kirche". (Der Germane: März 1921) sie sind ein Stoßtrupp „gegen fremde, römische, also undeutsche Art des Christentums, die den Germanen nichts helfen konnte". (Der Germane: Mai 1921) Nachts am Lagerfeuer, im Feld und Wald, beim Anblick der Sterne wollen sie sich die neue Religion schaffen, die Religion „die auf Luthers mächtigen Schultern, seine Nachfolger, das ganze Volk hätte weiterentwickeln und germanisieren sollen, wenn nicht schon die römische Fremdherrschaft den kühnen Flug des deutschen Geistes gehemmt hätte". (Der Germane: Mai 1921) Unsere Lehre von der Einheit des Vaters mit dem Sohne ist der Mehrzahl von ihnen ein „schwerer Frevel gegen Gott". Von diesem Augenblicke verlor die reine Lehre des Predigers Christi von ihrer Heiligkeit. Sie verstehen den „Menschen Jesus, der sich in langem verzweiflungsvollen Ringen zu seiner Anschauung hat durchkämpfen müssen, besser als alle die Geschlechter die vor uns gelebt und sie brechen den Stab über die Lehre von Christus, die so erschreckend viele Menschen der Kirche entfremdet hat" (Der Germane, Mai 1921). — Das ist bezeichnend für diese protestantische Jugendbewegung. Doch nicht nur während der Schulzeit, Zeit des Lebens soll der Ordensbruder in der Bewegung stehen. Mit zwölf Jahren wird er als Knappe aufgenommen, mit dem 17. Jahre bekommt er in Erfurt bei feierlichem Gottesdienst den Ritterschlag, und steigt dann langsam zum Komtur und zum Ordensmeister auf; überallem steht dann der Ordensgroßmeister. — Eine streng katholische Bewegung kann niemals mit dem Orden zusammengehen, die Weltanschauungen, der Grund auf dem wir stehen sind zu weit entfernt. Allerorten rührt sich die Jugend. Ständig wächst in Leipzig unsere Bewegung Neudeutschland, in ganz Sachsen müssen unsere Ideale zünden. Jugend, Kirche, Vaterland! Katholische Gymnasiasten von Dresden, Bautzen, Chemnitz und all den Städten Sachsens, beschäftigt Euch mit unseren großen Zielen, die Begeisterung wird Euch nicht fehlen! Sucht die Lücke, die in unserer Bewegung zwischen Mitteldeutschland und Schlesien klafft durch Eure Reihen zu schließen, der Wahlspruch des Gaues Sachsen soll dann sein: Mit Gott für Kirche und Vaterland!

Aus der katholischen Welt

Korea

St. Ottilien, 24. Juni. Nachdem der Hl. Vater den hiesigen Abt Bonifaz Sauer O. S. B. zum Apostolischen Vikar von Wönsan ernannt hatte, fand am 1. Mai in der Kathedrale von Seoul die Bischofsweihe des Genannten statt. Zugleich mit ihm wurde der hochw. Herr Pater Emil Devred aus der französischen Gesellschaft des Pariser Seminars für auswärtige Missionen geweiht und zum Koadjutor des greisen Bischofs Mutel von Seoul bestimmt. Die Feier verlief mit einer für Asien ganz ungewohnten Pracht. Außer dem Bischof Mutel, der die Weihe vornahm, waren noch vier Bischöfe erschienen, um bei der hl. Handlung zu assistieren. Es waren die apostolischen Vikare von Taku, Nagasaki, Osaka und Kukden. Die Kirche selber trug prächtigen Blumenschmuck und war dicht gefüllt mit den Scharen der koreanischen Christen. Den Ehrenplatz hatten bei dieser Feier die Vertreter der japanischen Regierung, die Herren der deutschen und französischen Gesandtschaft und Konsularvertretung inne. Nach der kirchlichen Feier gab Bischof Mutel den Neugeweihten zu Ehren ein Frühstück, bei dem außer den oben genannten Herren auch Graf Saito, der Generalgouverneur von Korea, und General Oba, der Oberkommandierende der koreanischen Heeresgruppe, zugegen waren. Graf Saito hielt als erster eine Ansprache, in der er die Stellung der japanischen Regierung zum Katholizismus und zur katholischen Mission darlegte und die darum wohl wert ist, in ihren Grundgedanken wiedergegeben zu werden. Nach den Dankesworten bekundete er seine große Freude über die herrliche Feier. Er fuhr dann fort: „Es freut mich ungemein, bei dieser einzigartigen Gelegenheit das volle Maß der Bewunderung für ihre unermüdliche Arbeit in der Verbreitung des Christentums in Korea offen zum Ausdruck bringen zu können. Die katholischen Missionen haben zuerst in diesem Lande Fuß gefaßt. Vor etwa 90 Jahren wurde der bescheidene Grundstock zu dem Werke gelegt. Unter zahllosen Schwierigkeiten und Entbehrungen allein ist es gelungen, ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt zu sehen. Dadurch haben Sie sich den Ehrentitel der besten Missionare Koreas verdient. Die Religion, die Sie lehren und die Ratschläge, die Sie erteilen, trug viel dazu bei, dieses Volk fromm, sittlich, gut und treu ergeben dem Staate zu machen. Darum ist es mein aufrichtiger Wunsch, daß ein herzliches Zusammenarbeiten zwischen Mission und Regierung allzeit bestehen bleibe zum Heile und zur Wohlfahrt dieses Landes in physischer und moralischer Beziehung. Wenn ich Ihnen zu Ihren Erfolgen von Herzen Glück wünschen kann, so gestatten Sie mir auch, zu sagen, welchen Eigenschaften Sie nach meiner Meinung vor allem Ihren Erfolg verdanken. Es sind Ihr Mut und Ihre Bescheidenheit." Mit dem Wunsche für ein segensreiches Wirken der beiden neugeweihten Bischöfe unter dem Motto „Mut und Bescheidenheit" schloß er seine Rede mit einem Hoch auf Bischof Sauer und Bischof Devred. Am Abend gab er in seiner Residenz ein Festmahl zu Ehren der beiden hohen Herren.

Drei neue Kardinäle

S. P. Rom. Am Mittwoch nachmittag fand im Konsistorialsaal durch den Heiligen Vater die feierliche Birettaufsetzung der drei neuen Kardinäle statt, in deren Namen Kardinal Tacci die Ergebenheitsadresse verlas. Zu seiner Antwort hob der Papst hervor, Kardinal Tacci habe in allen Zweigen der Kirche treu gedient, in der Seelsorge, der Diplomatie und als oberster Hofbeamter. Kardinal Ratti widmete sich wichtigen Bibliotheksstudien, dann der Diplomatie, in der er Festigkeit und großen Takt in schwierigen Momenten bewies. Kardinal Laurenti zeichnete sich aus durch priesterliche Tugend und langjährige Mitarbeit in der wichtigsten Kongregation. Benedikt XV. wünschte ihnen, daß sie noch lange zum Ruhme der Kirche den Purpur tragen möchten.

Feinbäckerei und Konditorei
Dresden-A. Otto Frenzel Borsbergstr. 25
Fernsprecher 30322
empfiehlt seine bekannt vorzüglichen
Back- und Konditoreiwaren jeder Art

Eine sehr wichtige Weltanschauungsfrage

Von Universitätsprofessor Dr. A. Rademacher-Bonn

S. E. Maurice de Wulf, der Direktor des Philosophischen Neuscholastischen Instituts zu Löwen, richtet in der ersten Nummer der weitbekannten und angesehenen Zeitschrift „Revue Néo-Scolastique de Philosophie", welche vielsagend als Nr. 84 des 21. Jahrganges November 1914—19 bezeichnet wird, ein kurzes Einführungswort an die Leser, das in seiner ruhigen Vornehmheit wohltuend absticht gegenüber dem noch immer feindseligen Ton in politischen Zeitungen und Parlamenten. Es beginnt folgendermaßen:

„Nach fünf Jahren der Lethargie nimmt die „Revue Néo-Scolastique de Philosophie" ihr normales Leben wieder auf. Die Druckfertigkeit 1914 war bereits unter Kreuzband und zum Versand bereit an dem Tage, wo die Katastrophe ausbrach. Alsbald trat die Verwirrung ein, und Löwen war eine der ersten Städte, welche die Schrecken des Krieges kennen lernen sollten. Der Alb ist zerstoben; nunmehr ist es möglich, den Zusammenhang der Gegenwart mit der Vergangenheit wieder aufzunehmen und die Kräfte nach der Zukunft hin zu orientieren."

Dann wird alsbald der Faden wissenschaftlicher Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Zeitschrift bringt, als ob nichts geschehen wäre, in dieser Nummer den Schluß mehrerer Artikel, deren Anfang 1914 veröffentlicht worden war. Nur hier und da zittert noch die Erregung nach über die „abscheuliche Zerstörung von Menschenleben, moralischer Gefühle und wirtschaftlicher Naturwerte, mit denen diese fünf Jahre des Schreckens bezeichnet waren". Aber es ist nicht die Erregung des Hasses oder der Unversöhnlichkeit, sondern des Schmerzes über den Verlust, den die Wissenschaft und das Institut durch die über Löwen hereingebrochene Verwüstung erlitten hat, verbunden mit der Genugtuung darüber, daß „der Krieg in seinem Zerstörungswerke auch bestimmte Philosophien getroffen hat, welche vor 25 Jahren noch unverwundbar zu sein schienen", daß „der moralische und soziale Subjektivismus und Relativismus einen tödlichen Schlag erlitten haben, weil nun der Beweis vorliegt, daß sie in den Abgrund führen", und daß „in beiden Lagern sich Männer zusammengefunden haben, um die Notwendigkeit einer unveränderbaren Moral zu behaupten, deren Aussprüche nicht empfänglich sind für irgend eine Entstellung durch Presse, Zensur, Propaganda, Absperrung der Grenzen, wirtschaftliche Blockade, Gruppeninteressen und alle die Faktoren, deren Spiel augenblicklich nur künstlich gemachte moralische Gefühle zu schaffen vermag". Dann wird mit dem wissenschaftlichen Ernst, der die Zeitschrift von Anfang an ausgezeichnet hat, die philosophische Weltlage erörtert und nach einem Hinweis auf das Erstarken des Realismus und die bemerkenswerte Annäherung an die Grundsätze der aristotelischen und scholastischen Philosophie dem Vertrauen auf die gute Aussicht der philosophischen Arbeit in der in Bildung begriffenen neuen Welt das Wort geredet.

Die Bedeutung der neuscholastischen Schule von Löwen kann natürlich nicht in wenigen Zeilen gewürdigt werden. Sie ist ideell eine Ausstrahlung der großen Enzyklika Leo XIII. „Aeterni patris" vom 4. August 1879 über das Studium der scholastischen Philosophie, welche auch die mehr im konservativen Sinne wirkende römische Neuthomistik angeregt hat. Die wiederholten Aufforderungen des Papstes an die belgischen Bischöfe, an der katholischen Universität Löwen einen Lehrstuhl für thomistische Philosophie zu errichten, fiel auf fruchtbaren Boden. Aber die Organisation dieser Studien und der fortschrittliche wissenschaftliche Geist, welcher in dem Papstwort „veterа novis augere" seine Devise erblickt, ist das Werk des Mannes, den das kleine Land heute wie einen Abgott verehrt, des jetzigen Bischofs von Mecheln und Primas von Belgien, Kardinal Mercier. Derselbe hat zuerst acht Jahre lang als einziger Dozent thomistische Philosophie gelehrt und dann das „Institut Supérieur de Philosophie" mit zahlreichen Professuren begründet und ausgestaltet, welches heute die Stellung einer besonderen Fakultät mit einem eigenen, den Dekanen der übrigen Fakultäten gleichgeordneten Direktor einnimmt und mit dem Rechte der Verleihung der verschiedenen akademischen Grade ausgestattet ist. Mercier hat mit der ihm eigenen Zähigkeit und Zielsicherheit seine Gründung durch die Fährlichkeiten von rechts und links hindurchgesteuert, und heute steht das Institut als eine weltberühmte Schule fortschrittlicher katholischer Philosophie da. Eine ganze Bibliothek wertvoller historischer und systematischer Werke aus dem Gebiete der Philosophie, zu einem großen Teile in verschiedene Sprachen übersetzt, sind bereits aus dem Institut hervorgegangen, und wissenschaftliche und populäre Vereinigungen sind bemüht, die Ergebnisse gelehrter Forschung in weitere Kreise des Bürgertums hineinzutragen.

Die Eigenart der neuen philosophischen Schule vor anderen ähnlichen liegt in dem engen Zusammenhange der philosophischen Forschung mit dem übrigen modernen Geistesleben und der dadurch bedingten Verwurzelung mit der neuzeitlichen Kultur überhaupt. Sie gibt keinen der bewährten scholastischen Grundsätze preis, aber bildet sie, entsprechend den Bedürfnissen der Zeit weiter. Mercier hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die prinzipielle Autonomie der Philosophie als reiner Vernunftwissenschaft und ihre Unabhängigkeit von der Theologie auszusprechen und jede apologetische Tendenz von der Philosophie fernzuhalten. Wenn sie Apologetik sein soll, dann ist sie es höchstens durch ihre Ergebnisse. Für Mercier gibt es weder eine katholische Philosophie noch eine katholische Wissenschaft überhaupt, da ihr Gegenstand die Wahrheit schlechthin ist. Die Löwener Schule will Altes und Neues, Synthese und Analyse, Universalität und Einzelforschung, mit einander harmonisch verbinden. Darum nennt sie sich auch mit bewußter Absichtlichkeit nicht Neuthomismus, sondern Neuscholastik. Sie ignoriert die Gedankengänge anderer philosophischer Richtungen nicht, sondern setzt sich mit ihnen auseinander, um deren Wahrheitsgehalt sich einzugliedern. Darum auch will sie die lateinische Schulsprache durch die Muttersprache ersetzt wissen in der Ueberzeugung, daß eine lebende Wissenschaft erfolgreich nur in der lebenden Sprache gepflegt werden kann. Darum auch verzichtet sie auf die syllogistische Form der Beweisführung, welche mehr der formalen Schulung des Denkens als der materiellen Bereicherung des Geistes dient. Darum läßt sie das Erfahrungselement ausgiebiger zu seinem Rechte kommen durch die Pflege der Hilfswissenschaften, durch welche der Philosoph immerfort neues Material zufließt. Darum endlich bringt sie den historischen Sinn mehr zur Geltung, als die Scholastik der Vergangenheit es tat, wodurch das Erbteil der Vorzeit stets neu erworben, die Tradition vor Erstarrung bewahrt und das sichere Lehrgut leichter von den unsicheren Zutaten gesondert wird. Die Löwener Scholastik will nicht nur eine Philosophie für kirchliche Kreise sein, wie es, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch tatsächlich die Scholastik im allgemeinen war und ist, sondern sie hat keinen geringeren Ehrgeiz als den, die Philosophie der Neuzeit zu werden.

Die der obengenannten ersten Friedensnummer angefügte Chronik hebt an — das ist ohne weiteres verständlich — mit einem Wort über den Gründer und ersten Direktor des philosophischen Instituts und seiner Zeitschrift, Kardinal Mercier, der mit wissenschaftlichen Ehrungen jeglicher Art von ausländischen Akademien, Universitäten und gelehrten Gesellschaften überhäuft worden ist. In der Totenschau wird unter mehreren deutschen Philosophen auch des Freiherrn von Hertling gedacht, als „des ehemaligen Münchener Professors, eines Altmeisters der neuscholastischen Philosophie, der das traurige Los hatte, vor seinem Tode der letzten Herrlichkeit des kaiserlichen Deutschland zu präsidieren". Es verdient Beachtung und Anerkennung bei allen denjenigen, welchen an der Wiederanknüpfung wissenschaftlicher Beziehungen unserer Gelehrtenarbeit mit dem Auslande und an der Festigung der gelockerten Bande des internationalen katholischen Gelehrtentums gelegen ist, daß das Organ des philosophischen Instituts der so schwer heimgesuchten alten Löwener Universität mit solcher Mäßigung des Vergangenen gedenkt. Wir können darin die Bereitwilligkeit erkennen, die Erinnerungen an die Kriegszeit nicht abfärben zu lassen auf die internationale Zusammenarbeit der Wissenschaft. Wir müssen aber auch die Bewegung selbst besser kennen lernen, nicht nur um der angedeuteten Motive, sondern auch um ihrer wissenschaftlichen Bedeutung willen. Wer die Arbeiten der Löwener Schule begleitet hat und dabei feststellt, welch bedeutsamen Einfluß sie bereits in fast allen europäischen Ländern gewonnen hat, kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß es für die deutsche Philosophie nicht gut war, diese hoffnungsvolle Bewegung nicht zu kennen oder bewußt zu ignorieren. Es dürfen solch schiefe Darstellungen der neuscholastischen Bewegung in Zukunft nicht mehr möglich sein, wie sie in dem von M. Oesterreich neu herausgegebenen vierten Bande von Ueberwegs Geschichte der Philosophie zu finden sind, welche denn auch von dem Löwener Organ mit vollem Rechte einer bitteren Kritik unterworfen werden. Es würde der deutschen Philosophie nur zur Förderung gereichen, wenn die Löwener Richtung auch bei uns eine Vertretung fände. Sie wäre hervorragend geeignet, der neuestens mehrfach beklagten Inzucht der Philosophenschulen abzuhelfen, könnte eine willkommene Brücke bilden, um die alte katholisch-scholastische Denkweise und die moderne, an Kant orientierte in einer fruchtbaren Synthese zu vereinigen und so den wichtigsten Beitrag zum Ausgleich der Weltanschauungen liefern. Ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich es hier ausspreche, daß dahin gehende Absichten bereits von hoher Seite erwogen werden.

Der Besuch des päpstlichen Nuntius in Sachsen

Radibor

Am gestrigen Tage besuchte Se. Exzellenz der päpstliche Gesandte Pacelli unsere Kirche. Festlich geschmückte Ehrenpforten erwarteten den hohen Besuch an der Grenze der Pfarrgemeinde Crostwitz. Gegen 5 Uhr kam der hohe Würdenträger in Begleitung des neuen Domdekans von Storcha aus in Crostwitz an. Der dortige Gemeindevorstand, Herr Bieso, sprach den ersten Willkommensgruß, erwähnend den 400jährigen Kampf der Radiborer um den hl. Glauben zur Zeit der Reformation. Der Weg führte weiter über Milkwitz, Schwarzadler — Bahnhof nach Radibor. Ueberall waren Ehrenpforten errichtet und die Kirche glich einem Triumphzuge. Durch den Krieg hat die Kirche drei Glocken eingebüßt. Die zwei größten von den ursprünglichen fünf hat man wegen der geradezu wunderbaren Tonschönheit und Klangfülle belassen. Dieses Geläut paßte so recht zu dem herrlichen Sommernachmittag. Die hohen Herren fuhren ins Dorf hinein, an der Schule und Pfarre vorbei, über den Dorfplatz zur neuen Pfarrkirche, welche am Wege nach Cölln gelegen ist. Bis dahin war die Fahrt im Wagen gemacht worden. Im Kirchgarten begrüßte Ortspfarrer Nowak Se. Exzellenz, indem er zugleich erwähnte, daß zum steten Gedenken an den hohen Besuch in der Kirche eine steinerne Gedenktafel errichtet werden wird. Sodann bewegte sich der Zug zur Kirche. Spalier bildeten sämtliche Ortsvereine mit ihren schönen Fahnen. Vom Orgelchor ertönte das „Ecce sacerdos“ von Deigendesch, bis der Herr Nuntius Platz nahm unter einem Baldachin. Das Volk sang die lauretanische Litanei. Es folgte der päpstliche Segen und der ambrosianische Lobgesang. Die bunte und schöne Nationaltracht der Wendinnen kam überall gut zur Geltung. Mit dem Auto kehrte der hohe Besuch gegen 7 Uhr nach Bautzen zurück. Ein wendisches Schulmädchen überreichte noch beim Einsteigen ins Auto Sr. Exzellenz mit gefallendem Vers einen Blumenstrauß. Sicher bleiben jedem die Stunden unvergeßlich.

Marienthal

Ein überaus hoher und seltener Festtag wurde am heutigen Tage dem Klosterstift St. Marienthal und den umliegenden Ortschaften durch den Besuch des päpstlichen Nuntius Sr. Exzellenz Eugenius Pacelli zu teil. Der Hochwürdigste Herr traf um 11 Uhr vormittags von Löbau her in Begleitung des Hochw. Herrn Domdekanten Skala, Herrn Kanonikus Monsignore Noninger, Herrn P. Wahl und Herrn Grafen Schall aus Bautzen im Autoschritt ein. Festlich geschmückte [illegible] waren mit Musik bis zum Kloster entgegen geritten. Im Klosterhofe bildeten die katholischen Vereine mit ihren Fahnen, sowie die Schulen Spalier. Vor der Klosterkirche wurde der Hochwürdigste Herr von der Geistlichkeit empfangen. Nachdem ein Mädchen der Klosterschule ein Begrüßungsgedicht vorgetragen hatte, begrüßte der Abt des Zisterzienserstiftes Osseg, Herr Prälat Dr. Schwarzengel als Visitator des Klosterstiftes Marienthal den Nuntius im Namen der Frau Aebtissin und des Konventes. Darauf erfolgte der Einzug in die Klosterkirche, wo im Beisein des Hochwürdigsten Herrn Nuntius vom Herrn Prälat Dr. Schwarzengel ein feierliches Hochamt abgehalten wurde. Nach dem ersten Evangelium erteilte der Nuntius den päpstlichen Segen. Nach Beendigung des Gottesdienstes wurde dem Hochwürdigsten Herrn die Geistlichkeit des Patronates, die Beamtenschaft des Klosterstiftes und die Mitglieder des katholischen Kirchenvorstandes in Ostritz vorgestellt. Am Nachmittage erfolgte der [illegible] über die Zisterzienser auf der Abtei, worauf um halb 5 Uhr die Weiterfahrt nach Zittau erfolgte.

Zittau

Ein Tag hoher Ehre und Freude war für unsere katholische Gemeinde der 28. Juni. Nachmittags gegen 5 Uhr erwarteten die im Gotteshause in großer Zahl versammelten Mitglieder der Gemeinde die Ankunft des Apostolischen Nuntius. Se. Exzellenz Pacelli. Mit Automobil von Marienthal kommend, erschien der Gesandte des Hl. Vaters in Begleitung des hochw. Herrn Domdechanten Skala und des Päpstlichen Geheimkämmerers Herrn Noninger. Vor dem Hauptportale der Kirche begrüßten zwei Schulkinder den hohen Herrn mit Gedicht und Blumengruß. Herr Pfarrer Zenner dankte dem Vertreter Sr. Heiligkeit des Papstes für die väterliche Fürsorge, in der er die Kirche der größten Diasporagemeinde der Lausitz besucht, hier erkennend die große, bis zur Selbstaufopferung reichende Hochherzigkeit des Domstiftes St. Petri zu Bautzen, das fast allein dieses herrliche Gotteshaus in einem Zeitraum von sieben Jahren erbaut hat. Hierauf wurden die Vertreter der Schule und Gemeinde dem Nuntius vorgestellt. Unter Orgelklang und dem Geläut der einzigen uns verbliebenen Glocke und begrüßt von den machtigen Klängen des Ecce sacerdos wurde der Kirchenfürst in feierlichem Zuge zum Altar geleitet. Nun trug der Schülerinnenverein die herrliche lauretanische Litanei in Musik von Franz Witt, worauf Herr Pfarrer Zenner in kurzer Ansprache den Zweck des hohen Besuches der Gemeinde darlegte und diese aufforderte, in der Treue gegen den heiligen Glauben und den Stuhl Petri zu verharren. Nachdem die Gemeinde mit den Priestern die entsprechenden Gebete verrichtet hatte, erteilte der Nuntius den apostolischen Segen. Hieran schloß sich der Gesang des Tedeum laudamus. Unter den Klängen des Te Deum-Liedes erfolgte der Auszug des Apostolischen Gesandten zur Weiterfahrt nach Schirgiswalde.

Schirgiswalde

Mit hoher Spannung erfüllte alle Gemüter die Kunde, daß Se. Exzellenz der Nuntius auch unser Gotteshaus besuchen will. Eifrige Hände schmückten das Städtchen, bereiteten Land, errichteten Ehrenpforten. Bereits gegen 7 Uhr sammelte sich am Marktplatz eine große Menschenmenge. Die Geistlichkeit, der Stadtrat, das Lehrerkollegium, der Kirchenvorstand und alle Vereine fanden sich ein. Die Schülerinnen verliehen sogar ihren Festplatz und eilten mit ihrer Musikkapelle zum Empfange herbei. Allmählich wurde es halb 8 und die Erwartung stieg immer höher. Endlich ein Auto. Ihm entsteigen der Sekretär Sr. Exzellenz, Monsignore Dr. Noninger und der Herr Erzpriorante Seklein. Nicht lange darauf traf Se. Exzellenz ein, begleitet vom Herrn Grafen Schall-Riaucour, dem hochwürdigsten Herrn Domdekan Skala und P. Wahl. Sobald das Auto hält, singt der Männergesangverein den schönen Hymnus „Die Himmel rühmen“. Die Musikkapelle begleitet. Se. Exzellenz schreitet bis zum am Marktplatz ausgebreiteten Teppich und wird hierauf vom Kaplan Dr. Zoppa, der den zur Erholung weilenden Pfarrer Kretschmer vertritt, mit etwa folgenden Worten begrüßt: „Euer Exzellenz! Ehrfurchtsvoll und in größter Dankbarkeit begrüße ich Euer Exzellenz in dem Heimatstädtchen unseres hochverehrten besten Bischofs Dr. Franz Loebmann, in einer Gemeinde, die einer Insel gleich aus der Diaspora hervorragt, die stets den angestammten Glauben und die altehrwürdigen Gepflogenheiten bewahrt hat und auch heute noch eifrig betätigt. Daß dieser echt katholische Geist, der uns in gegenseitiger Achtung und in Frieden mit den Andersgläubigen leben läßt, uns erhalten bleibe, ja noch lebenskräftiger werde, sei unser innigstes Bestreben und unser schönes Gelöbnis in dieser bedeutsamen Stunde. Den Segen Gottes, den Euer Exzellenz uns gütigst im Gotteshause erteilen wollen, stütze unsere Vorsätze, damit wir alle auch fernerhin stets getreue, glaubenseifrige Söhne unseres hl. Vaters und unserer hl. Kirche sein und bleiben.“ — Gütig und herzvoll dankt Se. Exzellenz und nimmt die Huldigung der Herren entgegen. Herr Bürgermeister Vogt spricht innige herzliche Worte des Dankes, wodurch Se. Exzellenz sichtlich erfreut ist, wie auch über den [illegible]. Sodann setzt sich der Festzug in Bewegung; die Schülerinnen vorne, die Fahnen folgen, und [illegible] Se. Exzellenz, im vollen Ornat zum Gotteshaus, ringsum [illegible] der Schwestern der Mädchen- und Frauenvereine. [illegible] Zu der festlich geschmückten und hell erleuchteten Kirche nimmt Se. Exzellenz auf dem Throne Platz, während der Kirchenchor das Ecce sacerdos und die lauretanische Litanei singt. Hierauf erteilt Se. Exzellenz den so zahlreich Erschienenen den hl. Segen. Das Tedeum erschallt, und [illegible] bewegt sich in gleicher Reihenfolge der Zug aus dem Gotteshaus zu den Wiesengründen, an denen Se. Exzellenz die feierlichen Gebete verrichtet. Während Weisen ertönen und die Musikkapelle spielt, bewegt sich der Zug zu dem an der Friedenseiche wartenden Autos. Malerisch schön war das Spalier, das sämtliche Vereine mit den Fahnen bildeten! Mitten durch mit prasselnderen Gewehr [illegible] Schützen und Kriegervereinsmitglieder schreitet Se. Exzellenz, Segen spendend. Wehmütig nahmen alle von dem hohen Gaste Abschied, der in einer kurzen Zeit alle Herzen für sich gewann. Sichtlich erfreut bestieg Se. Exzellenz das Auto, winkte noch und segnete wieder; die Musikkapelle spielt das Niederländische Dankgebet; langsam fährt das Auto ab; alle fallen nieder, um den Segen zu empfangen; langsam entschwindet das Auto den Blicken der Gläubigen; aber in ihren Herzen ist die Erscheinung eines päpstlichen Legaten unauslöschbar eingegraben. Gar manches Herz hat den Vorsatz gefaßt, stets ein treuer Sohn unserer hl. Kirche bleiben zu wollen.

Eine päpstliche Spende

Nuntius Pacelli hat am Montag im Auftrage des heiligen Vaters dem Domdekan Prälat Skala 20000 Mark für arme Kinder überreicht.

Einheit im Glauben und in der Liebe!

(Zum Feste Peter und Paul)

K. P. „Jesus Christus forderte alle Menschen ohne Ausnahme auf, ihm als Führer und Erlöser zu folgen, nicht jeder für sich und getrennt von den anderen, sondern alle vereint durch Tat und Gesinnung verbunden, als eine Gesellschaft, von einem gemeinsamen Band innig umschlungen; eins durch die Gemeinsamkeit des Glaubens, des Zieles, der Mittel und durch die Unterwürfigkeit unter ein gemeinsames Oberhaupt.“ Diese Worte bilden den Anfang und Grundgedanken in dem berühmten Rundschreiben „Ueber die Einheit der Kirche“, das Papst Leo XIII. vor 25 Jahren am Feste Peter und Paul an den Erdkreis richtete. Sie sind die kurze Formel für Wesen und Gehalt der katholischen Kirche. Die Kirche hat Jahrhundert für Jahrhundert immer neue Völker in sich aufgenommen, sie, die geborene Weltkirche, hat den Charakter einer solchen gleichsam immer vollkommener verwirklicht. Aber dieses Vordringen in neue Länder, neue Nationen, neue Sprachen hat die innere Einheit der Kirche nicht gelockert. Heute, im Zeichen des vatikanischen Konzils und des neuen kirchlichen Rechtsbuches, ist die sichtbare Organisation dieser Einheit fester denn je.

Diese Einheit wäre indes unvollkommen, würde sie nicht beseelt von der Einigung aller Kinder der Kirche durch die Liebe. Das Höchste ist die Liebe! Benedikt XV. hat uns das eindringlich ans Herz gelegt in seinem Friedensrundschreiben vom 23. Mai 1920 über die Einheit in der Liebe. Seine Worte bilden sozusagen die Ergänzung dessen, was Leo XIII. vor 25 Jahren zu uns gesprochen hat über die Einheit im Glauben. Die letzten unglückseligen Jahre mit ihren Mißverständnissen, ihrem Mißtrauen, ihrem Haß haben diese Ergänzung notwendig gemacht. Das wissen wir alle. Wenn leider auch Katholiken hier gefehlt haben, so taten sie es freilich „gegen Petrus“, im Widerspruch mit dem Geiste der katholischen Kirche und dem Beispiel des Stellvertreters Christi.

Denn Benedikt XV. hat gedacht und gehandelt wie der Heiland. In Konstantinopel, der Stadt des Sultans, steht heute ein Denkmal des römischen Papstes. Es trägt die Inschrift: „Dem Wohltäter der Völker ohne Unterschied der Nationalität und der Religion als Anerkennung aus Dankbarkeit des Orients.“ Mohammedanische Würdenträger haben Benedikt XV. dies Denkmal gesetzt. Seine alle Weltteile umfassende Liebestätigkeit während der letzten Jahre, in ihrer Ausdehnung wohl ohne Beispiel in der Kirchengeschichte, hat ihnen dies ehrfurchtsvolle Bekenntnis abgerungen. Im Vatikan gehen heute fast der einer 15 Vertreter fremder Regierungen über 20 Gesandte und Botschafter ein und aus. Der große moralische Einfluß, den sie damit dem Papsttum ohne Land einräumen, das Vertrauen, das sie ihm entgegenbringen, sind sicher nicht in letzter Linie die Frucht des ehrlichen Strebens Benedikts XV., nicht gerecht zu werden, allen zu helfen, alle zu lieben. Das war ja auch der Gedanke seiner Friedensbotschaft vom Jahre 1920: die Feindseligkeit und rohes Empfinden aller Völker zu fördern.

Wir müssen dem Beispiel unseres obersten Hirten folgen: Einheit im Glauben und in der Liebe! Die heutige Politik der Völker kann ihrem Wesen nach nicht versöhnen, weil sie einseitig Macht und nur Rücksicht auf den eigenen Staat ist. Ein widerstrebender Wille hat aufzunehmen [illegible] wird die Menschen einander [illegible] nahe bringen. Die letzten leidvollen Jahre haben das bewiesen. Aber die weltumspannende Liebe trägt das Gesetz und die Kraft allgemeiner, ehrlicher und unerschütterlicher Menschlichkeit in sich. Gott sei Dank, diese katholische Liebe, die übrigens auch im Kriege gewirkt hat, treibt wieder neue Blüten und Früchte! Man braucht nur ein Beispiel zu nehmen, an dem Erfolg der katholischen Weltfürsorge für die Not Mitteleuropas, was uns an den Liebesgaben der amerikanischen Katholiken, die gerade jetzt so reichlich fließen, fast noch mehr wohltut, als die materielle Hilfe, das ist die Liebe, die aus ihnen spricht. Ueberall wirkt diese Liebe. In den sozialen Zusammenschlüssen, in den Jugendvereinigungen, in der Presse, in der Wissenschaft, überall hört man den Ruf: Katholiken, kommt einander wieder näher, versteht euch, schließt euch zusammen! Ein neues Glied in der Kette dieser Annäherungsversuche ist die jüngst erfolgte Gründung eines internationalen Caritasverbandes. Nur kein Zurückschrecken vor „unüberwindlichen“ Schwierigkeiten. Die Liebe wird sie alle überwinden. Und diese Liebe ist unser eigen, wie die Einheit im Glauben; sie ist ja die Seele und die Frucht unserer Glaubenseinheit. Dann müssen wir sie aber auch betätigen in wahrer Versöhnung und innerer Annäherung der getrennten Klassen und Nationen!

Aus dem sächsischen Landtag

Der Haushaltausschuß A des sächsischen Landtags nahm am Dienstag, wie wir hören, die Vorlage über die Erhöhung des Anteils des sächsischen Staates am Stammkapital der Landessiedelungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ einstimmig an. Dagegen wurde die weitere Vorlage, 1 Million Mark zur Förderung sozialer Baubetriebe (Bauhütten) zu bewilligen, mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage über die Ruhestandsbezüge der Geistlichen und ihrer Hinterbliebenen wurde gegen 4 Stimmen angenommen und dann die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verteilung der Volksschullasten zwischen Staat und Gemeinden fortgesetzt. Die Beschlüsse lauteten im allgemeinen auf Annahme der Bestimmungen nach der Regierungsvorlage.

Die neue sächsische Gewerbesteuer. Der Rechtsausschuß beendete am Dienstag die Beratungen über die Gewerbesteuervorlage. Es ergaben sich lebhafte Zweifel an der Notwendigkeit des ganzen Gesetzes und an der Zweckmäßigkeit zahlreicher Einzelbestimmungen. Die rein sachlich begründeten Abänderungsvorschläge, die von den bürgerlichen Abgeordneten gestellt wurden, wurden von den Linksparteien abgelehnt und das Gesetz im wesentlichen nach der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter angenommen. Die abgelehnten Abänderungsanträge waren insbesondere auch solche, die im Interesse der Gemeinden gestellt worden waren.

Nachrichten aus Sachsen

Ueber die Teilnahme der Schüler an kirchlichen Feiern und Handlungen

Das sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erläßt folgende Verordnung:

Die Schule darf von sich aus Schüler hinsichtlich ihrer Teilnahme an Gottesdiensten und kirchlichen Feiern keinerlei Zwang ausüben. Ueber die Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen bestimmen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres der Schüler die Erziehungsberechtigten. Für jeden der die Schule zurzeit besuchenden Schüler haben die Erziehungsberechtigten dem Schulleiter eine entsprechende Erklärung alsbald abzugeben. In Zukunft hat dies gleich bei der Anmeldung zu geschehen. Schüler, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, entscheiden darüber selbständig. Die Bestimmungen über die Teilnahme an Gottesdiensten, kirchlichen Feiern und Handlungen in den Haus- und Lebensordnungen der Internate werden, soweit sie dem Vorstehenden widersprechen, außer Kraft gesetzt. Diese Verordnung ist allen Schülern sofort bekannt zu geben. Jede Beeinflussung hat zu unterbleiben.

Bezirkskonferenz des Christl. Metallarbeiterverbandes

Am vergangenen Sonntag fand in Chemnitz eine Konferenz des Bezirks Sachsen im Christlichen Metallarbeiterverband statt, zu welcher die Vertreter von 30 Ortsgruppen erschienen waren. Durch diese Beteiligung kam schon rein äußerlich das erfreuliche Wachstum des Verbandes in Sachsen zum Ausdruck, der ebenso, wie eine Anzahl weiterer Berufsverbände der Christlichen

Alte und neue Erntebräuche

(Nachdruck verboten.)

Bei den alten Germanen waltete Allvater Wodan, der höchste Gott, über der gesamten Ernte. Zu „Wauden“ beteten in bestimmten Versen in vielen deutschen Gauen die Schnitter. In Niedersachsen ließen die mit der Einheimsung der Aehrenfrüchte Beschäftigten dem Pferde Wodans, dem wilden Schimmel, eine Garbe auf dem zuletzt abgeernteten Felde zurück. Das Erntebier heißt heutzutage noch in einigen Teilen Niedersachsens Wodelbier, d. i. Wodansbier. —

Nerthus, die Erdenmutter, nahm die sprießende und der Reife entgegenachende Saat unter ihre Obhut; Kornfrauen und Elfen wurden geopfert, letzteren mußten unschuldige Kinder Mehl darbringen, den ersteren Aehren schneiden und mit Seidenfaden zum Büschel binden. Auch gastlich bewirteten die Germanen die Korneisen. Nach Berthold von Regensburg wurde den „seligen Fräulein“ (felices Dominae) sogar ein Tisch mit allerlei Speisen und Trank gedeckt. Noch heute bindet man den Kühen im bayerischen Hochlande für die „Fräulein“ Erdbeerensträußchen, umwunden von Alpenblumen, zwischen die Hörner. Aus wilden Bergen, zerrissenen Klüften und Felshöhlen kommen die Elfen in die Auenfluren und scheuen sich nicht, die Gärten in den Dörfern aufzusuchen. Und zur Zeit der Getreideernte wimmeln die Fluren von Weide- und Feldelfen. Aber fast alle Elfen waren den Menschenwerken abhold; deshalb mußten die kleinen Wesen besänftigt werden, entweder durch Opfer, oder, falls dies nicht gelang, durch Beschwörung, nötigenfalls unter Anrufen des wilden Mannes vertrieben werden. In Oberfranken läßt man beim Einfahren auf den Wiesen ein Häufchen Heu, auf den Getreidefeldern ein Aehrenbündel zurück.

In Südwestdeutschland wird von einem unschuldigen Mädchen unter Niederknien und Beten der versammelten Schnitter ein sogenanntes „Glückshämpfli“ geschnitten, mit einem Bande umwunden und im Hause oder in der Scheune aufgehängt und ein Jahr lang bewahrt.

In vielen Gegenden Deutschlands herrschen noch heute gleichartige und ähnliche Bräuche. Man windet Erntekronen und Erntekränze, die mit bunten Blumen und Bändern geschmückt sind und von den Besitzern der Felder bewahrt und gehütet werden. Man fertigt aus Getreideähren ein menschenähnliches Bündel, versieht es hier und da sogar mit einem Antlitz oder Maske und bringt es nach geschehener Ernte, nachdem das letzte Getreide in den Scheunen Platz gefunden hat, in feierlichem Aufzuge, unter Gejohl, Possen und Mummenschanz, zuweilen unter Aufsagen allerlei Versen, den Bauern und Gutsbesitzern dar, die dafür dem Schnittervolk ein Erntefest geben oder sich auf andere Weise erkenntlich zeigen müssen.

Zu der Zeit, wo Hagelschauer oder Ungewitter der bevorstehenden Ernte Schaden bringen konnten, wurden Not- und Schutzfeuer entfacht. Dies geschah häufig schon zur Sommersonnenwende oder zu Johannis. Alte Korngaben, die noch vom Jahre zuvor vorhanden waren, wurden geopfert und alles Vieh durch das verglimmende Feuer getrieben.

In Tirol wurde an manchen Orten eine Getreidepuppe, auch „Fedos“ genannt, verbrannt. Diese Verbrennung trat wohl im frühen Mittelalter an die Stelle der Opfer frühgermanischer Zeit. Im „Indiculus“ hießen die Erntenotfeuer sächsisch „Nodfyr“; noch früher, 742, friesisch „Niedfyr“, althochdeutsch „Notfiur“. — Im Eichsfelde loderten noch bis ins 5. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts die Notfeuer (sogenannte wilde Feuer). —

Hagelschauer wurden in einigen Gegenden auch durch Hornblasen vertrieben. — Elfen oder „Huldern“ schossen in Norwegen eine „Alfkula“ (Elfenkugel) ins Vieh (es ist dies ein fester Haarballen, der häufig im Magen eines Rindes gefunden wird). In Tirol nennt man einen solchen Ballen „Hagelstein“; Hexen sollen ihn dort zurechtkneten.

Rosegger erzählt von der steirischen „Habergeiß“ oder Nachtschwalbe, die leise durchs Schlüsselloch schwebt und sich unendlich lastend auf einen Schläfer legt, der dann Alpdrücken empfindet. — Draußen, auf den Saatfluren, machte die „Habergeiß“ den Hafer schwarz. Auch zieht die Unholdin über den Roggen dahin und läßt von ihrem Anhang manche Aehre versengen, so daß das giftige, blauschwarze Mutterkorn daraus hervorschießt (secale cornutum, auch Hahnensporn oder Hungerkorn genannt). Steht die Saat in reifender Vollkraft und wogt der Wind hindurch, so sollen allerlei Tiere hindurchlaufen, z. B. Roggenwölfe und Roggenhunde, Haferböcke, Kornkatzen und Roggensäue.

Im Aletgau (Baden) nimmt eine „Alte“, die übers Feld wandelt, ein Kind zur Mittagszeit fort und legt dafür ihr eigenes hin. Im Aargau liegt mittags das Kornkind, auch Kornengel genannt, häufig ängstlich weinend oder gar schreiend, im Korn. Aber wer das Kindlein aufhebt, muß alsbald sterben. In Graubünden sagt man, es sei schwer aufzuheben und kündige ein treffliches, fruchtbares Jahr an. Mit der „Alten“ ist wohl das schnittreife Korn gemeint, mit dem Kinde der Ueberschuß, die Aussaat für das kommende Jahr.

Nach völliger Einheimsung der Ernte, nachdem das Vieh wieder in den Stallungen untergebracht war, veranstaltete man ein Herbstdankfest, das, je nach dem Klima, in den einzelnen germanischen Gauen früher oder später fiel. Es waren dies Dankfeste, bei denen höchste Opferbräuche geübt wurden. Der Häuptling oder Herzog lud seine Frilinge zum Opfermahl, bei denen es hoch her ging. Dankbar wurde des Allvaters Wodan, des Spenders allen Segens gedacht. Friedlich saßen die kraftstrotzenden Mannen am Feuer beisammen. Die Metkufen waren gefüllt; die Hörner kreisten, und Priester und Sänger priesen den lauschenden Mannen die Güte des Segners der Fluren, der wiederum die Speicher und Scheunen wohl gefüllt hatte, den Menschen und Tieren zur Labung und Atzung.

Gewerkschaften in den letzten Jahren eine erhebliche Steigerung seiner Mitgliederzahl in dem bisher als Hochburg der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu bezeichnenden Bezirk buchen kann. Nach einer kurzen Ansprache des Geschäftsführers Feger vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ortsausschusses Chemnitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Konferenz begrüßte und dabei die mit großem Beifall aufgenommene Mitteilung machte, daß die Mitgliederzahl des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen inzwischen auf hunderttausend angewachsen ist, nahm der Bezirksleiter Giren-Chemnitz das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichts. Darnach waren bei Ausbruch des Krieges 10 Ortsgruppen im Bezirk vorhanden. Am Schlusse des Jahres 1920 betrugen 30. Eine ähnliche Steigerung ist hinsichtlich der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Kassenverhältnisse haben sich ebenfalls in günstiger Weise entwickelt. Erwähnenswert sind noch die Schlußbemerkungen des Bezirksleiters, wonach der sozialdemokratische Metallarbeiterverband seit Beginn des Jahres 1921 einen Verlust von 60000 zu verzeichnen hat, während die Mitgliederzahl des Christlichen Metallarbeiterverbandes im gleichen Zeitraum um 6000 gestiegen ist. Im weiteren Verlauf der Konferenz hielt der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Wieber-Duisburg einen Vortrag über „die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage und unsere nächsten Aufgaben“, worin er in großen Zügen den Nachweis führte, daß nur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes, und damit auch der deutschen Arbeiterschaft möglich sei. Sowohl an den Geschäftsbericht des Bezirksleiters, wie auch an den eben erwähnten Vortrag des Verbandsvorsitzenden schloß sich eine ausgedehnte Aussprache, in der noch mancherlei Anregungen für die zukünftige Arbeit und den weiteren Ausbau des Verbandes gegeben wurde.

Aus Dresden

Der päpstliche Nuntius in Dresden

Dresden, 29. Juni. Heute vormittag um 9 Uhr hielt Se. Exzellenz der Herr Nuntius Pacelli, Erzbischof von Sardes, unter großer Assistenz in der kath. Hofkirche ein feierliches Pontifikalamt ab. Tausende waren erschienen, um Zeugnis abzulegen von ihrer Treue zur Kirche. Vor dem Hochaltar hatten die Fahnendeputationen der kath. Vereine und Studentenkorporationen Aufstellung genommen. Kurz nach 9 Uhr begab sich Herr Pfarrer und Superior Hartmann unter Begleitung der Geistlichen der kath. Hofkirche an das Hauptportal zum Empfang Sr. Exzellenz, der auch kurz darauf in Begleitung des hochw. Herrn Domdechanten und Protonotars Skala erschien und Segen spendend durch das Mittelschiff einzog. Unter feierlicher Kirchenmusik, die unter Leitung des Kirchendirigenten Kretschmer von den Kapellknaben und Mitgliedern des Opernchores aufgeführt wurde, begann das Pontifikalamt, wobei die D-moll-Messe von Kretschmer mit allen künstlerischen Feinheiten durch den weiten Bau hallte. Nach dem ersten Evangelium legten alle Gläubigen erneut das Glaubensbekenntnis ab, worauf Se. Exzellenz den päpstlichen Segen erteilte, der einen vollkommenen Ablaß allen Andächtigen zuteil werden ließ.

Nach Schluß des Pontifikalamtes verließ Se. Exzellenz wieder segnend durch das Mittelschiff die Kirche, um anschließend Vertretern des Klerus und der katholischen Gemeinden und Verbände in den Räumen des kath. Vikariats eine Audienz zu gewähren. Im Namen von 30 weltlichen Vertretern hielt Herr Abgeordneter Heßlein eine Begrüßungsansprache, worüber wir noch später berichten werden. Um 12 Uhr fuhr Se. Exzellenz Herr Nuntius in Begleitung des Domdechanten Prälaten Skala und des Abgeordneten Heßlein vor dem Gebäude des Gesamtministeriums vor, um als Botschafter beim Deutschen Reiche und Doyen des diplomatischen Korps in Berlin dem Ministerpräsidenten Buck einen Besuch abzustatten. Graf Schall-Riaucour versah den Ehrendienst. Mit dem 2-Uhr-Schnellzuge verließ Se. Exzellenz Dresden, um den Leipziger Katholiken einen kurzen Besuch abzustatten.

Oberschlesischer Hilfstag

Für den 3. Juli ist für ganz Deutschland und Deutsch-Oesterreich mit Ausnahme der Bäder- und Kurorte ein „Oberschlesischer Hilfstag“ angesetzt. **In allen Kirchen wird in den Gottesdiensten auf die Not der Oberschlesier hingewiesen werden. Straßensammlungen werden veranstaltet, turnerische und sportliche Vereinigungen stellen sich in den Dienst der Sache. Die deutsche Bühnengenossenschaft hat sich bereit erklärt, an diesem Tage auf allen Bühnen Stücke zu bringen, die dem Ernst des Tages angepaßt sind, um einen Teil des Ertragnisses dem „Oberschlesier-Hilfswerk“ zuzuwenden. Das Hilfswerk, das vom deutschen Roten Kreuz, von den Verbänden heimattreuer Oberschlesier und vom Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände ins Leben gerufen worden ist und dessen Hauptausschuß neben dem Reichspräsidenten auch der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, der Reichsjustizminister Dr. Schiffer und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns angehören, hat rein caritativen Charakter, und soll die furchtbare Not der vertriebenen und ins Elend gekommenen Oberschlesier lindern.**

—* **Die Aquarien- und Terrarien-Ausstellung** in der Lennéstraße ist bis zum 3. Juli verlängert worden. Wir möchten erneut aufmerksam machen auf diese ausgezeichnete Tier- und Pflanzenschau, die ein Volksbildungsmittel im besten Sinne ist. Die Ausstellung zeigt neben einem ungemein reichhaltigen Material exotischer Zierfische vor allem eine mustergültige hydrobiologische Zusammenstellung des Schulmuseums des sächsischen Lehrervereins. Der Laie und mancher Aquarien-Fachmann dürfte hier Tiere und Pflanzen unserer heimischen Gewässer sehen, von deren Existenz er höchstens gelesen hat, z. B. wahre Prachtexemplare brauner und grüner Süßwasserpolypen, Süßwasserschwämme, Wasserskorpione, die seltene Wasser-Stabwanze, Wasserspinnen und Milben, die Entwicklung unserer Stechmückenarten, Wasserkäfer und Libellenlarven, die wichtigsten und schönsten unserer Wassergewächse, darunter die hochinteressante fleischfressende Utricularia in prächtigen, „wohlgefütterten“ Stöcken. Bunte Tafeln, Spiritus- und Trockenpräparate erläutern das in den Glasbehältern Lebende besser als lange Texte. In der Terrarienabteilung sieht man schöne Exemplare der heimischen und zum Teil exotischen Lurch- und Reptilfauna, der zoologische Garten steuerte Schildkröten und ein Nilkrokodil bei. Sehr lehrreich sind die Bilder und Angaben über das Vordringen der Bisamratte, jenes gefährlichen Nagers, der vor wenig Jahren von Mittelböhmen kommend jetzt bereits bei Freiberg (1920) und Oederan (1921) beobachtet und erlegt worden ist. Neben diesem jeden Laien interessierenden Material enthält die Ausstellung alles für den Aquarienliebhaber und Sammler Nötige, und es ist besonders erfreulich festzustellen, daß namentlich Dresdener Firmen an erster Stelle rangieren. Hier seien nur genannt die Ausstellungen und Verkaufsstände von Zierfischzüchtereien, in Tätigkeit befindliche Wasserdruck-Apparate für Durchlüftung der Aquarien, die Auslagen einer Buchhandlung, die einen Ueberblick der für Aquarien- und Terrarienfreunde einschlägigen Literatur gibt und schließlich eine Sammlung sehr gut geratener und gemachter Künstler-Scherenschnitte, deren Motive durchaus in den Rahmen der ganzen Veranstaltung passen. Es wäre zu wünschen, daß durch diese, in Anbetracht der erschwerenden Gegenwartsverhältnisse, recht gelungene Ausstellung, trefflich gefördert durch die Tätigkeit des Aquarien- und Terrarien-Vereins „Wasserrose“ bei recht vielen die Lust zum Beobachten unserer heimischen Fauna und Flora geweckt und daß mancher neue Freund für die Aquarien- und Terrarienpflege, diese scientia amabilis, gewonnen würde. Dr. L.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ Jöhstadt (Erzg.). Am vergangenen Sonntag feierte die hiesige „Katholische Vereinigung“ ihr 1. Stiftungsfest. Früh fand als Feier des allgemeinen (Bautzen!) und örtlichen Jubeltages ein Missionsfestgottesdienst statt. Abends gestaltete sich das Fest zu einem Ehrenabend für die Gemeinde und ihre verdienten Mitarbeiter. Ueber 200 Personen aus Jöhstadt, Bärenstein, Pleil, Preßnitz, Schmiedeberg und Weipert waren der Einladung gefolgt, darunter fast vollzählig der Bärensteiner Kirchenchor. Schwer fällt es dem Chronisten, alle Leistungen des jungen Vereins gebührend zu würdigen. Mag es der liebliche Vorspruch der kleinen sechsjährigen Emmi Meißner oder das tadellose Zusammenspiel der Damen Frl. Barti, Krenzig, Kugler, Marisch, Reißig und Wapler in den 2 Lustspielen „Die sparsame Mischka“ und „Der Waschtag“, mögen es die famosen „Drei Gebrüder Dick von der Regimentsmusik“ (Herren Hofmann, Kazatel und Schulz jun.) sein — alles klappte prächtig! Daß auch der Bärensteiner Chor mit zwei Liedern sich hören ließ und eine das Doppelfest des Tages in ernsten und launigen Worten katholischen Selbstbewußtseins feiernde Festrede des Seelsorgers, Expositus Kirsch, nicht fehlte, ist selbstverständlich. Das Hauptverdienst am Gelingen dieses 1. größeren Abends der Jöhstädter Gemeinde gebührt neben den rührigen Damen und Herren des Vergnügungsausschusses dem tatkräftigen Vorstand (Herren Wary, Meißner, Kazatel, Hofmann), denen herzlich gedankt sei!

Kirchliches

Budapest. Zur Erinnerung an den großen religiösen und kulturellen Restaurator Ungarns, Kardinal Peter Pazmany (1570—1637), aus dem Jesuitenorden, hat die Nationalversammlung beschlossen, die von ihm gegründete Budapester Universität in Zukunft Pazmany-Universität zu nennen.

Die Internationale Katholische Tagung, die in Graz für den 10. bis 14. August d. Js. geplant ist, verspricht einen vollen Erfolg. Aus fast allen europäischen Ländern haben sich bereits Teilnehmer gemeldet. Hervorragende Führer der internationalen katholischen Bewegung, wie Abg. Marc Sangnier (Paris), Abg. Prälat Dr. A. Gießwein (Budapest), Graf Alberto Alessio (Italien), Prof. W. Arnold (Schweiz) usw. werden dabei Hauptreferate behandeln. Besonders eingehend wird die Frage des Ausbaues einer internationalen katholischen Organisation erörtert werden. Nähere Auskünfte erteilt das vorbereitende Komitee, Graz, Karmeliterplatz 5.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: i. V. Alfons Menne; für den Inseratenteil: Josef Fohmann. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Unserm lieben
Papa Tüte
zum Namenstage die herzl. Glück- und Segenswünsche.
Die Tüten-Familie.
Münster i. W., 29. Juni. Fest Peter und Paul.
1887

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe
Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformtuche, Manchestercords,
Altartuche
empfiehlt [462
Hermann Pörschel
Tuchlager
Dresden-A., Scheffelstraße 19
Gegründet 1888

Bürsten, Besen, Pinsel
eigenes Fabrikat
Bernhard Rücker
Dresden, Theaterstraße 6 [1070

Ingenieure!
Kaufleute!
Hinaus mit dem Rechen-Schieber!
Besser, billiger, bequemer,
dabei selbst einem Volksschüler sofort verständl. ist
Logaferrol!
Nicht größer als ein gewöhnlicher Schieber liefert er fünfstellige Resultate.
Preis Mk. 30.— bezw. 30.— Frs.
Garantie:
Umtausch gegen beliebige Bücher. Verlang. Sie meine an Reichhaltigkeit unübertroffenen Kataloge (zirka 200000 verschiedene Titel)
Vertreter (Stadtreisende) ges.
F. J. Huthmacher, Bonn
Verlags- u. Versandbuchhdlg.
P.-S. Köln 21 658.
1221

Zigarren-Spezialgeschäft
Otto Sprenger, Ostritz
empfiehlt sich gefl. Beachtung.

Seidenstoffe
Spez.: Braut- und Hochzeitskleider
Julius Zschucke
Größtes Sammet- und Seidenlager in Sachsen.
Seiden-Bänder.
Dresden An der Kreuzkirche 2. Erdgeschoß und 1. Stock.
1117

Garantiert „Allerfeinste Tafelbutter“
in Postpaketen, 9 Pfd. netto, zu Tagespreisen, franko Nachn. versendet
Molkereibutter-Versandhaus
Aventoft, Kreis Süd-Tondern. 1365
Besitzer K. Puck, praktischer und theoretischer Molkereifachmann.

Kunststopferei u. Weberei
Inhaber: Max Wenzel [973
Marschallstr. 40 Dresden-A. Marschallstr. 40
Spezialität: Kunstvolle Stopfung oder Einwebung von Brandlöchern, Eisen-, Motten- und Mäusefraß, Schnitten in Garderoben, Gebild, Tüllen Gardinen, Billard-Tüchern und Geweben aller Art. Besonders erstklassige Spezialkräfte für alle Arten von Teppichen, Portieren usw.

Feuer im Haus
wird augenblicklich gelöscht durch
Trockenfeuerlöscher „Subitex“
ohne Wasserschäden. Inhalt unschädliche Salze. Bedienung mühelos, selbst durch Kinder. Der weitaus billigste Apparat.
Höchst a. M., den 17. Mai 1912.
„Auf Wunsch wird bescheinigt, daß am 7. Mai d. Js. in einem Kellerraume und im Hofe des alten Rathauses mehrere Löschproben mit dem Trockenfeuerlöscher „Subitex“ vorgenommen wurden, die ein allgemein befriedigendes Resultat ergaben. Ueberrascht hat namentlich die rasche Löschung einer größeren in Brand gesetzten Benzinmenge, deren intensives Feuer schon nach einigen Schlägen mit dem Apparat abgetötet war.
Bei der raschen Wirkung des neuen Feuerlöschers, bei der Handlichkeit desselben und bei den verhältnismäßig geringen Anschaffungskosten steht zu erwarten, daß „Subitex“ bald eine allgemeine Verbreitung finden wird.“
Stadtbauamt
gez. Steinel, Stadtbaumeister.
Man verlange Prospekte!
Gebrüder Eberstein, Dresden. 1331

Täglich: Der echte Tymian-Spielplan!!!!!
Tymians Thalia-Theater Anfang ½8 Uhr
„Ihre fixe Idee.“ „Sonntag Morgen im Forsthaus!“ Herzl.-leb. Lied von Dir. Winter Tymian
Sonntags zwei Vorstellungen: ½4 und ½8 Uhr 949

Familien-Drucksachen
Verlobungs-, Vermählungs- und Traueranzeigen
sowie alle Arten Dank- und Besuchskarten liefert in sauberster geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert
Saxonia-Buchdruckerei G.m.b.H., Dresden-A. 16, Holbeinstr. 46